

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010

der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft,
Hannover



Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Aufsichtsrat sämtliche ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und wurde durch den Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Entwicklung und die Lage des Unternehmens, über die Strategie und Planung, über die Risikosituation, das Risikomanagement sowie über die wesentlichen Geschäftsvorgänge unterrichtet. Anhand von schriftlichen Beschluss- und Berichtsvorlagen sowie begleitenden und ergänzenden mündlichen Auskünften hat der Aufsichtsrat den Vorstand laufend überwacht, Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung eingehend beraten und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt.

Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2010 in sechs ordentlichen Sitzungen, außerordentliche Sitzungen haben nicht stattgefunden. In den Sitzungen wurden insbesondere die Geschäftsentwicklung und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens erörtert sowie über Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Investitions- und Personalplanung und wichtige Einzelvorgänge beraten. Die Einzelvorgänge des Geschäftsjahres betrafen hauptsächlich Investitions- und Beteiligungsvorhaben, Fragen der Unternehmensstrategie und -finanzierung sowie der Preisentwicklung.

Dem Aufsichtsrat stehen drei Ausschüsse beratend zur Seite: der Präsidialausschuss, der Finanzausschuss und der Beteiligungs- und Strategieausschuss. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig und ausführlich in den Aufsichtsratssitzungen über die geleistete Arbeit.

Der Präsidialausschuss hat im Geschäftsjahr 2010 sechsmal getagt und bereitet vornehmlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates vor. Er trifft Entscheidungen über Vorlagen des Vorstandes und Fragen, deren Erledigung im Interesse der Gesellschaft einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates nicht zulässt.

Der Finanzausschuss hielt im Geschäftsjahr fünf Sitzungen ab. Dem Finanzausschuss wurden als Aufgaben insbesondere die Vorbereitung der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und des Erwerbs oder der Veräußerung von Unternehmen und wesentlichen Beteiligungen sowie die Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses und des gemäß § 171 AktG zu erstattenden Abschlussberichtes des Aufsichtsrates übertragen. Darüber hinaus wurde dem Finanzausschuss die Wahrnehmung der Aufgaben eines Prüfungsausschusses nach § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG übertragen. Themenschwerpunkte bildeten im Geschäftsjahr 2010 Investitionsvorhaben sowie Berichte zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Unternehmens, hier insbesondere der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009, der Nachtragsfinanzplan für 2010, der Wirtschaftsplan für 2011 und die langfristige strategische Planung.

Der Beteiligungs- und Strategieausschuss tagte im Geschäftsjahr 2010 sechsmal. Er hat die Aufgabe, Entscheidungen des Aufsichtsrats zu Konzern- und Beteiligungsangelegenheiten vorzubereiten und Berichte des Vorstands entgegenzunehmen. Grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie und Angelegenheiten der Beteiligungsführung sind im Vorfeld im Beteiligungs- und Strategieausschuss zu beraten. Im Geschäftsjahr wurde daher insbesondere über den Abschluss von Unternehmenskaufverträgen sowie Ergebnisabführungsverträgen, Satzungsänderungen bei Beteiligungsunternehmen und Verschmelzungsverträge beraten.

Besetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands

Herr Ewald Woste wurde ab dem 10. Februar 2010 als Nachfolger von Herrn Henning Deters in den Aufsichtsrat bestellt. Herr Deters war bereits zum 24. November 2009 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

In der personellen Besetzung des Vorstands gab es während des abgelaufenen Geschäftsjahres keine Veränderungen.

Jahresabschluss und Gewinnabführung

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, wurde von der Hauptversammlung am 17. März 2010 erneut zum Abschlussprüfer gewählt. In Umsetzung dieses Beschlusses erhielt die Gesellschaft vom Aufsichtsrat den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2010 sowie des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2010.

Auf Grundlage der durch den Aufsichtsratsvorsitzenden festgelegten Prüfungsschwerpunkte und unter Einbeziehung der Buchführung prüfte die PricewaterhouseCoopers AG den vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover AG zum 31. Dezember 2010 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010. Die Prüfung ergab keine Einwendungen, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Lagebericht der Stadtwerke Hannover AG sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses abschließend sorgfältig geprüft. Die Unterlagen zum Jahresabschluss wurden sowohl in der Sitzung des Finanzausschusses am 17. März 2011 als auch in der am gleichen Tag stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats erörtert. In den Sitzungen berichtete der Abschlussprüfer jeweils über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und erteilte soweit notwendig ergänzende Auskünfte. Das abschließende Ergebnis seiner eigenen Prüfung führte zu keinerlei Einwendungen des Aufsichtsrats, und er stimmte den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers zu, billigte den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Auf Grund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ist der Gewinn vor Feststellung des Jahresabschlusses unmittelbar an die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, abzuführen. Der abzuführende Gewinn belief sich auf 110.548 Tausend Euro. Auf das Genussscheinkapital erfolgte eine Ausschüttung von 3.983 Tausend Euro. Der verbleibende Jahresüberschuss von 26.000 Tausend Euro wurde den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands für die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Betriebsrat dankt der Aufsichtsrat für das persönliche Engagement und die erfolgreich geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2010.

Hannover, den 17. März 2011

Der Aufsichtsrat

Walter Meinhold

Vorsitzender

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Stadtwerke Hannover AG

1	Struktur und Strategie der Stadtwerke Hannover AG	2
1.1	Struktur	2
1.1.1	Stadtwerke Hannover AG	2
1.1.2	Konzern Stadtwerke Hannover AG	2
1.1.3	Veränderungen in der Beteiligungsstruktur und Übersicht über die wesentlichen Tochterunternehmen und Beteiligungen	3
1.2	Strategie	4
1.3	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	5
2	Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	5
2.1	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	5
2.1.1	Gesamtwirtschaftliche Situation	5
2.1.2	Marktbezogene Entwicklung.....	6
2.2	Politische Rahmenbedingungen.....	7
2.2.1	Europäische Energiepolitik	7
2.2.2	Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland.....	8
3	Absatz und Beschaffung.....	9
4	Forschung und Entwicklung	10
5	Umwelt.....	11
6	Mitarbeitende	12
7	Bindung an Stadt und Region.....	14
8	Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage.....	15
8.1	Gesamtbeurteilung	15
8.2	Ertragslage	16
8.3	Finanzlage	18
8.3.1	Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements.....	18
8.3.2	Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr	18
8.3.3	Liquiditätsanalyse	19
8.4	Vermögenslage	20
8.4.1	Vermögensanalyse.....	20
8.4.2	Investitionen und Substanzerhaltung	21
9	Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem.....	22
9.1	Zum Rechnungslegungsprozess.....	22
9.2	Zu weiteren Prozessen.....	23
10	Bericht über wesentliche Chancen und Risiken	24
11	Nachtragsbericht	27
12	Prognosebericht	27
12.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	27
12.2	Entwicklung der Stadtwerke Hannover AG	27

1 Struktur und Strategie der Stadtwerke Hannover AG

1.1 Struktur

1.1.1 Stadtwerke Hannover AG

Die **Stadtwerke Hannover AG** ist als kommunales Energiedienstleistungsunternehmen operativ tätig und ist Muttergesellschaft des **Konzerns Stadtwerke Hannover AG**. Sie ist ein in Deutschland nach dem Aktiengesetz registriertes Unternehmen und wird in den nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellten Konzernabschluss der **Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover**, (VVG) einbezogen. Mit der VVG besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Im Geschäftsjahr 2010 blieb die Aktionärsstruktur der Stadtwerke Hannover AG unverändert. Mit 75,09 Prozent ist die VVG Hauptaktionärin, daneben sind die Thüga AG, München, mit 24,0 Prozent und die Region Hannover, Hannover, mit 0,91 Prozent beteiligt.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehören die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Energiehandel sowie alle Neben-, Hilfs- und Ergänzungsgeschäfte. Unter der Dachmarke „energcity – positive energie“ werden Energie und Dienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden in Hannover und bundesweit angeboten. Der Umsatz wird im Wesentlichen im Inland erwirtschaftet.

Strom. Der Geschäftsbereich Strom umfasst die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb und zur Abrechnung. Es kommen Kohle- als auch Gaskraftwerke sowie Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen (beispielsweise Wind-, Biogas-, Biomasse- sowie Photovoltaikanlagen), zum Einsatz. Insgesamt wird ein großer Teil des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt.

Gas. Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Gas umfassen ebenfalls alle Wertschöpfungsstufen von der Speicherung über den Handel, die Verteilung und den Vertrieb bis zur Abrechnung. Hierbei erfolgt zur Sicherung einer effizienten Gasspeicherung der Betrieb der Gasspeicher mit mehreren Partnern in einer separaten Gasspeichergesellschaft. Dabei verfolgt die Stadtwerke Hannover AG den Ausbau der Speicherung konsequent weiter.

Wasser. Die Tätigkeiten zur Versorgung der Bevölkerung innerhalb unseres Konzessionsgebietes mit Wasser sind in einem eigenen Geschäftsbereich gebündelt. Dabei deckt die Stadtwerke Hannover AG sämtliche Aktivitäten von der Gewinnung bis zum Absatz ab.

Wärme. Zum Geschäftsbereich Wärme gehören alle Aktivitäten der Versorgung von Kunden mit thermischer Energie und Energiedienstleistungen. Im Wesentlichen beziehen sich diese Aktivitäten auf die Lieferung von in den Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken erzeugter Fernwärme an Privat- und Sondervertragskunden.

Dienstleistungen. Die Aktivitäten im Geschäftsbereich Dienstleistungen umfassen sowohl Dienstleistungen an Konzernunternehmen als auch an Dritte. Hierzu zählen kaufmännische Betriebsführungen sowie sonstige kaufmännische und technische Dienstleistungen. Zudem werden hier Aktivitäten im Zusammenhang mit der Finanzierungs- und Liquiditätssteuerung im Konzern Stadtwerke Hannover AG und Handelsaktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereichs zusammengefasst.

1.1.2 Konzern Stadtwerke Hannover AG

Der Konzern Stadtwerke Hannover AG gehört zu den größten kommunalen Energieversorgungs- und -dienstleistungsunternehmen Deutschlands. Die Aktivitäten der Stadtwerke Hannover AG werden durch die folgenden Tätigkeitsfelder des Konzerns Stadtwerke Hannover AG ergänzt:

Netzbetrieb. Die Übertragungs- und Verteilnetze im Strom, Gas, Wasser und in der Wärme werden von eigenständigen Netzgesellschaften betrieben. Die netzbetreibenden Gesellschaften sind gemäß den Unbundling-Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) als unabhängige Netzbetreiber aufgestellt. Die Betreiber tragen die Verantwortung für den sicheren Betrieb und die Instandhaltung der Netze. Die Netzentgelte, die von den Netznutzern an die Betreiber zu zahlen sind, sind durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) behördlich festgesetzt.

Energieerzeugung. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme erfolgt im Wesentlichen über Beteiligungen an Gemeinschaftskraftwerken. Diese Kraftwerke stellen ihre Erzeugungskapazitäten aus-

schließlich den Gesellschaftern zur Verfügung und werden durch diese gesteuert und eingelastet. Die Kraftwerksgesellschaften übernehmen die Wartung und Instandhaltung der Anlagen.

Contracting. Die Contractingaktivitäten im Bereich Wärme decken sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette ab. Diese reichen von der ersten Bedarfsanalyse über die Planung, Finanzierung und Realisierung bis hin zur Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen beim Kunden. Zusätzlich werden in diesem Bereich die Planung, der Bau und der Betrieb von Biomasseanlagen bearbeitet.

1.1.3 Veränderungen in der participationsstruktur und Übersicht über die wesentlichen Tochterunternehmen und participations

Veränderungen in der participationsstruktur

Kraftwerk Mehrum GmbH. Bereits im Dezember 2009 sind die Voraussetzungen für den Vollzug des indirekten Erwerbs eines 50,0-prozentigen-Anteils an der Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, (KWM) zum 1. Januar 2010 geschaffen worden. Der Erwerb der KWM-Anteile erfolgte dabei mittelbar durch Kauf der Gesellschaft für die participation an dem Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, (GBKM) an der die Stadtwerke Hannover AG ab dem 1. Januar 2010 unmittelbar 100,0 Prozent hielt. Zusammen mit dem bisherigen unmittelbaren KWM-Anteil von 33,3 Prozent hält die Stadtwerke Hannover AG somit insgesamt 83,3 Prozent der Anteile an der KWM.

Rückwirkend zum 1. Januar 2010 wurde im August 2010 vom Aufsichtsrat der Stadtwerke Hannover AG die Verschmelzung der GBKM auf die Stadtwerke Hannover AG beschlossen. Im Zuge der Verschmelzung ist der bisher von der GBKM gehaltene KWM-Anteil auf die Stadtwerke Hannover AG übergegangen, sodass die Stadtwerke Hannover AG unmittelbar 83,3 Prozent der Anteile an der KWM hält.

GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH. Mit Kaufvertrag vom 23. Juni 2010 hat die Stadtwerke Hannover AG von der Continental Reifen Deutschland GmbH, Hannover, deren 10,2-prozentigen-Anteil an der GKH – Gemeinschaftskraftwerk Hannover GmbH, Hannover, (GKH) erworben. Die Stadtwerke Hannover AG hält damit nun unmittelbar 84,7 Prozent an der GKH.

GKW Staudinger GmbH & Co. KG und GKW Staudinger Verwaltungs-GmbH. Des Weiteren hat die Stadtwerke Hannover AG jeweils ihre restlichen Anteile an der GKW Staudinger GmbH & Co. KG, Großkrotzenburg, sowie der GKW Staudinger Verwaltungs-GmbH, Großkrotzenburg, im Dezember 2010 an die E.ON Kraftwerke GmbH, Hannover, verkauft. Die Verkaufsanteile entsprachen jeweils einer participation von 12,6 Prozent. Die Stadtwerke Hannover AG hat sich damit vollständig aus diesem Projekt zurückgezogen.

WärmeService GmbH. Nachdem die Stadtwerke Hannover AG seit 2008 alleinige Gesellschafterin der WärmeService GmbH, Hannover, (WSG) war und in 2009 ihr Geschäftsfeld Contracting in die enercity Contracting GmbH, Hannover, (eCG) ausgegliedert hatte, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die WSG zur Intensivierung der Contractingaktivitäten mit der eCG verschmolzen.

Wesentliche Tochterunternehmen und participations

Contractinggesellschaften. Wesentliche participations der Stadtwerke Hannover AG sind im Wärmebereich die Gesellschaften eCG sowie die Danpower GmbH, Potsdam, (Danpower). Die Danpower ist Mutterunternehmen eines Konzerns (Danpower-Konzern) mit 13 Tochterunternehmen und einem assoziierten Unternehmen.

Netzgesellschaften. Die enercity Netzgesellschaft mbH, Hannover, (eNG) und die Netzgesellschaft Laatzen GmbH & Co. KG, Laatzen, (NGL) betreiben Energieversorgungsnetze für Energie- und Wasserversorgung im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Hannover, in Teilgebieten von Langenhagen und Laatzen sowie in den Umlandkommunen Ronnenberg, Seelze und Hemmingen.

Kraftwerksgesellschaften. Die GKH und die GKL – Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover, (GKL) dienen dem Bau und Betrieb sowie der Unterhaltung von Kraftwerken zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme ausschließlich für die jeweiligen Gesellschafter.

Thüga. Die participation ab der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München, (Thüga), in Höhe von 20,53 Prozent wurde Ende 2009 erworben und ist erstmalig im Jahresabschluss 2010 mit ihrem Ergebnisbeitrag enthalten. Schwerpunkte in der Ausrichtung der participation in 2010 waren der weitere

Ausbau der Governance-Strukturen und die Einleitung von ersten Leuchtturmprojekten zur Erschließung zukünftiger Synergiepotenziale zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft.

Wesentliche weitere Beteiligungen. Neben den Tochterunternehmen und der Thüga-Beteiligung stellen die Beteiligungen an der zusammen mit der Nürnberger N-ERGIE AG, Nürnberg, gegründeten Vertriebsgesellschaft Clevergy GmbH & Co. KG, Leipzig, (Clevergy), der Gasspeichergesellschaft GHG – Gasspeicher Hannover GmbH, Ronnenberg, (GHG) und der im Telekommunikationsbereich tätigen htp GmbH, Hannover, (htp) wesentliche Beteiligungen der Stadtwerke Hannover AG dar.

1.2 Strategie

Das unternehmerische Handeln der Stadtwerke Hannover AG wird durch gesellschafts- und energiepolitische Entwicklungen, die sich insbesondere in der Liberalisierung der Energiemärkte und dem damit verbundenen zunehmenden Wettbewerb sowie den stetig steigenden Anforderungen an Klimaschutz und Energieeffizienz niederschlagen, beeinflusst. Das Energiekonzept der Bundesregierung stellt dabei wesentliche Rahmenbedingungen auf.

Nachhaltige Wettbewerbspositionierung als eine Zielsetzung. Die Zielsetzung der Unternehmensführung orientiert sich an einer nachhaltigen Wettbewerbspositionierung im vorderen Drittel vergleichbarer bundesdeutscher Wettbewerber mit entsprechenden Kostenstrukturen und unter der Nebenbedingung des dauerhaften Substanzerhalts von Anlagen und Netzen. Für die Kapitalgeber steht eine angemessene Gewinnabführung und marktgerechte Kapitalrentabilität im Vordergrund. Es wird sowohl die Stärkung der Nutzung energieeffizienter Technologien als auch die Erzeugung auf Basis regenerativer Energien, auf der Angebots- und Nachfrageseite, insbesondere im Wege der kundenorientierten Energiedienstleistung, verfolgt. Damit sollen die Zielsetzungen der „Klima-Allianz Hannover 2020“ erreicht werden. Sichere und attraktive Arbeitsplätze bilden dabei Ziele der personalwirtschaftlichen Strategie.

Unternehmenskonzept K2020. Auf Basis des Unternehmenskonzepts K2015 und der damit verbundenen nachhaltigen Unternehmensführung wurde das weiterentwickelte wachstumsorientierte Unternehmenskonzept K2020 von den Aufsichtsgremien beschlossen und befindet sich in der Umsetzung. Die Zielsetzungen des K2020 beinhalten im Kern eine Fortschreibung und Präzisierung der strategischen Ausrichtung des K2015, welche sich somit als stabil erweist.

Ausweitung der umweltfreundlichen Stromversorgung. Alle Kunden im Netzgebiet der Stadtwerke Hannover AG sollen im Jahr 2020 mit KWK-Strom und erneuerbaren Energien versorgt werden. Privatkunden sollen dabei ausschließlich mit erneuerbaren Energien beliefert werden.

Steigender Wettbewerb. Zukünftige Marktentwicklungen stellen den Vertrieb vor verstärkte Herausforderungen. Insbesondere Energieversorgungsunternehmen ohne eigene Erzeugung versuchen, den wirtschaftlichen Druck im Netz durch vertriebliche Anstrengungen außerhalb des angestammten Netzgebietes zu kompensieren. Auch die Umsetzung des Unbundlings der Netzbetriebe und die Anforderung an Prozessidentität für alle im Netz tätigen Vertriebe sowie die Vereinfachung des Zugangs zu Gasmarktgebieten werden in den nächsten Jahren zu einer weiteren Zunahme des Wettbewerbs unter Wettbewerbern insbesondere bei kleineren und mittleren Stromkunden sowie bei Gaskunden führen, welche sich voraussichtlich in weiter steigenden Wechselquoten und verringerten Margen niederschlagen wird. Der Wettbewerb um kleinere Kunden wird somit zu einem Wettbewerb um Servicequalität und Prozesseffizienz. Ein besonders ausgeprägtes Merkmal der zukünftigen Marktentwicklung ist die beschleunigte Schrumpfung des Wärmemarktes durch verstärkte Wärmedämmung und energetische Gebäudesanierung.

Marken-Relaunch zur Marktpositionierung. Im Ergebnis führen die aufgezeigten Entwicklungen dazu, dass der bisherige Kernmarkt in Hannover und in der Region schrumpft und die Positionierung des Unternehmens in diesem Markt somit erschwert wird. Zukünftige Entwicklungslinien für das Unternehmen ergeben sich daher wesentlich auch außerhalb des angestammten Marktgebietes in ganz Deutschland. Damit die Marke „energycity – positive energie“ weiterhin optimal zu den Marktanforderungen und der internen Strategie des Unternehmens passt, wurde die Marke im Jahr 2010 überarbeitet und ihre Positionierung aktualisiert. Dabei wurde das Markenprofil in einer abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit weiterentwickelt und geschärft sowie insbesondere der hohe Bezug zu den Kunden noch deutlicher hervorgehoben.

Weitere Zielsetzungen. In den unregulierten Wertschöpfungsstufen wie Produktion und Vertrieb/Dienstleistungen wird das Entwicklungspotenzial in den Erlös- und Margenoptimierungen ausgenutzt. Kosteneinsparungen stehen dagegen in den regulierten Wertschöpfungsstufen im Vordergrund.

Die Beteiligung an der Thüga, die Modernisierung der Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) im Heizkraftwerk Linden (HKW Linden), die Aufstockung der Beteiligung an der KWM und Investitionen im Geschäftsfeld Contracting leisten hierbei unmittelbar ab dem Jahr 2010 beziehungsweise ab dem Jahr 2012 (GuD-Anlage) nachhaltig positive Beiträge, während sich die Ergebnisbeiträge der Investitionen in Wind und Gasspeicher erst ab Ende des Planungshorizonts positiv entwickeln werden.

1.3 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Änderungen in der Beteiligungsstruktur. Der Unternehmensstrategie folgend wurden auch im Geschäftsjahr 2010 Beteiligungen an Unternehmen erworben oder veräußert. Zu Einzelheiten wird auf den Abschnitt „Veränderungen in der Beteiligungsstruktur und Übersicht über die wesentlichen Tochterunternehmen und Beteiligungen“ verwiesen.

Gaspreissenkung. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Hannover AG hat im Februar 2010 eine Gaspreissenkung um 3,8 Prozent zum 1. April 2010 beschlossen. Diese Entlastung gibt die Stadtwerke Hannover AG in Form von Bonuszahlungen an ihre Kunden weiter. Es handelt sich um die dritte Gaspreissenkung innerhalb von zwölf Monaten.

Stromtarifpreiserhöhung. Im August 2010 hat der Aufsichtsrat einer Erhöhung des Stromtarifpreises um 5,8 Prozent zum 1. Oktober 2010 zugestimmt. Eine Erhöhung der Stromtarifpreise war aufgrund der wachsenden Belastungen aus der Förderung erneuerbarer Energien sowie durch Kostensteigerungen aufgrund der gestiegenen gesetzlichen Anforderungen notwendig.

Modernisierungsprojekt Heizkraftwerk Linden. Ende 2008 fiel die Entscheidung zur Modernisierung und Erweiterung der GuD-Anlage im HKW Linden. Ziel dabei ist eine Modernisierung und Leistungssteigerung der bestehenden Anlage um rund 130 MW_{el} auf 230 MW_{el} bei der Stromproduktion sowie eine Erhöhung von 90 MW_{th} auf 180 MW_{th} bei der Fernwärmeleistung. Die Inbetriebsetzung der kompletten GuD-Anlage ist für Herbst 2011 geplant. Seit Mitte 2010 wird das Modernisierungsprojekt federführend von der GKL vorangetrieben, dazu wurden sämtliche Anlagen von der Stadtwerke Hannover AG auf die GKL übertragen. Zur Finanzierung der Übernahme und des weiteren Ausbaus werden GKL Gesellschafterdarlehen durch die Stadtwerke Hannover AG bereitgestellt.

Ausbau des Gasspeichers in Empelde. Seit 1982 nutzt die Stadtwerke Hannover AG den Erdgas-Kavernenspeicher der GHG, an der die Stadtwerke Hannover AG mit 61,75 Prozent beteiligt ist. Ende Mai 2009 wurde bei der GHG der Ausbau weiterer Speicherkapazitäten beschlossen, der das Arbeitsgasvolumen voraussichtlich auf insgesamt maximal 700 Millionen Kubikmeter steigern wird. Im Sommer 2010 wurde die Bohrung einer fünften Kaverne abgeschlossen und im Herbst 2010 der Solbetrieb aufgenommen. Der Abschluss der gesamten Arbeiten ist für das Jahr 2018 vorgesehen.

2 Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1.1 Gesamtwirtschaftliche Situation

Die Weltwirtschaft erholte sich im Jahr 2010 insbesondere aufgrund der aufstrebenden asiatischen Wirtschaftsmächte kräftiger als zunächst erwartet. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich für das Gesamtjahr gegenüber dem Vorjahr nach Einschätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung voraussichtlich auf 4,7 Prozent belaufen. Auch in der Europäischen Union (EU) erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt laut ersten Prognosen gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent.

In Deutschland stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts um 3,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2009, preis- und kalenderbereinigt stieg es um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Wachstumsimpulse sind dabei nicht nur auf den Außenhandel, sondern auch auf die starke Binnennachfrage zurückzuführen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg im Jahr 2010 ersten Schätzungen zufolge um 4,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr, der stärkste Anstieg war dabei im Produzierenden Gewerbe mit 10,3 Prozent zu verzeichnen.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung hat auch den Energieverbrauch in Deutschland erheblich beeinflusst. So stieg der Primärenergieverbrauch im Jahr 2010 nach ersten Schätzungen infolge des guten Konjunkturverlaufs sowie der kühlen Witterung zu Beginn und am Ende des Jahres um 4,1 Prozent, der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch stieg dabei von 9,1 Prozent auf 9,4 Prozent (Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.).

2.1.2 Marktbezogene Entwicklung

Zunahme des Strom- und Erdgasverbrauchs. Der Stromverbrauch lag in Deutschland im Jahr 2010 voraussichtlich um 3,9 Prozent über dem Verbrauch des Vorjahreszeitraums, der Erdgasverbrauch erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 3,7 Prozent. Wichtigster Grund für den gestiegenen Energieabsatz ist die deutliche konjunkturelle Erholung, insbesondere in der Industrie. Dabei konnten die Verbrauchswerte aber noch nicht das Niveau vor der Wirtschaftskrise erreichen. Es ist jedoch eine zunehmende Volatilität der Energiepreise im Markt zu beobachten.

Steigende Strompreise. Während im ersten Halbjahr 2010 der durchschnittliche Baseload-Produkt-Preis am Spotmarkt der European Energy Exchange (EEX) noch bei 41,27 Euro/MWh lag, stieg er im zweiten Halbjahr 2010 auf durchschnittlich 47,65 Euro/MWh beziehungsweise um 15,5 Prozent. Damit betrug der Preis im gesamten Jahr 2010 durchschnittlich 44,48 Euro/MWh und lag damit um 14,5 Prozent über dem Mittelwert des Jahres 2009 (38,86 Euro/MWh). Preissteigernd wirkten im Jahr 2010 neben einem im Vergleich zum US-Dollar schwächeren Euro auch gestiegene Spotmarktpreise auf den Handelsmärkten für Erdgas, Kohle und CO₂-Zertifikate. Auf dem Terminmarkt der EEX betrug der Preis für Baseload-Jahresprodukte mit Lieferung im Jahr 2011 durchschnittlich 49,88 Euro/MWh im Jahr 2010 gegenüber durchschnittlich 53,91 Euro/MWh im Jahr 2009, was einen Preisrückgang von 7,5 Prozent bedeutet. Für Lieferungen im Jahr 2012 betrug der Preis im Jahr 2010 durchschnittlich 52,56 Euro/MWh gegenüber durchschnittlich 57,43 Euro/MWh im Jahr 2009, der Mittelwert lag damit im Jahr 2010 um 8,5 Prozent unter dem Vorjahr.

Steigende Erdgaspreise. Im ersten Halbjahr 2010 betrug der Erdgaspreis für sofortige Lieferungen (Spotmarkt) an der Title Transfer Facility (TTF – niederländischer Großhandelsmarkt) noch durchschnittlich 14,77 Euro/MWh, stieg aber im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2010 auf durchschnittlich 19,70 Euro/MWh an. Insgesamt lag der Jahresdurchschnittspreis im Jahr 2010 bei 17,24 Euro/MWh gegenüber 12,11 Euro/MWh im Jahr 2009. Ursächlich hierfür war insbesondere die mit dem positiven Konjunkturverlauf verbundene erhöhte Nachfrage. Der Preisverlauf für Lieferungen im Jahr 2011 bewegte sich im Jahr 2009 bei durchschnittlich 21,78 Euro/MWh, im Jahr 2010 lag der Preis im Durchschnitt bei 19,38 Euro/MWh. Für Lieferungen im Jahr 2012 betrug der Durchschnittspreis im Jahr 2009 23,44 Euro/MWh, im Jahr 2010 lag der Mittelwert bei 21,11 Euro/MWh.

Kohlenotierungen im Anstieg. Der bereits im ersten Halbjahr 2010 zu verzeichnende Anstieg für Steinkohle mit einem Heizwert von 6.000 kcal/kg setzte sich auch im zweiten Halbjahr 2010 fort. Nachdem die Kohlenotierungen (API #2-Index) für den ARA-Raum (Amsterdam – Rotterdam – Antwerpen) bereits im ersten Halbjahr 2010 auf durchschnittlich rund 83 US-Dollar je Tonne gegenüber durchschnittlich rund 68 US-Dollar je Tonne im ersten Halbjahr 2009 gestiegen waren, war für das gesamte Jahr 2010 ein Durchschnittspreis von rund 92 US-Dollar je Tonne zu verzeichnen. Im gesamten Jahr 2009 betrug der Durchschnittspreis noch rund 70 US-Dollar je Tonne. Der deutliche Preisanstieg ist insbesondere auf die konjunkturelle Erholung und in diesem Zuge gestiegene Strom- und Gaspreise zurückzuführen.

Rohöl teurer. Im April 2010 lag der Ölpreis für einen Barrel der Sorte UK Brent im Monatsdurchschnitt mit rund 85 US-Dollar je Barrel erstmals seit Oktober 2008 wieder über 80 US-Dollar je Barrel. In der Folgezeit gingen die Preise jedoch bis Ende September auf rund 78 US-Dollar je Barrel zurück, lagen Ende Dezember allerdings bereits wieder bei über 90 US-Dollar je Barrel. Im Durchschnitt lag der Preis im gesamten Jahr 2010 bei rund 79 US-Dollar je Barrel, im Jahresdurchschnitt 2009 bei rund 62 US-Dollar je Barrel. Die gestiegenen Ölpreise sind auf die weltweite Konjunkturbelebung sowie die deutliche Zurückstufung des Euro gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen. Die Rohöleinfuhren nach Deutschland sanken im Zeitraum Januar bis November 2010 gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um 5,7 Prozent von 90,2 Millionen Tonnen auf 85,1 Millionen Tonnen.

CO₂-Markt. Der CO₂-Markt war im Jahr 2010 von deutlichen Preisveränderungen gekennzeichnet. Der Preis für EUAs (EU-Allowances) bewegte sich im Jahr 2010 zwischen 12,40 Euro/t CO₂ und 16,42 Euro/t CO₂, im Durchschnitt lag der Settlement Price an der EEX bei 14,48 Euro/t CO₂. Im Jahr

2009 bewegten sich die Preise noch zwischen 8,10 Euro/t CO₂ und 15,83 Euro/t CO₂ und lagen im gesamten Jahr durchschnittlich bei 13,31 Euro/t CO₂. Die Preise für die sogenannten Kyoto-Units CER (Certified Emission Reductions) mit Lieferung im Jahr 2010 bewegten sich zwischen 10,90 Euro/t CO₂ und 14,40 Euro/t CO₂ (2009: 7,55 Euro/t CO₂ und 13,84 Euro/t CO₂), im Durchschnitt lag er bei 12,46 Euro/t CO₂ (2009: 11,72 Euro/t CO₂).

2.2 Politische Rahmenbedingungen

Politische und regulatorische Vorgaben sowie Marktentwicklungen bilden die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, die regelmäßig durch markt- und wettbewerbsorientierte Maßnahmen beeinflusst wird. Die Geschäftspolitik der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen muss daher immer wieder an die sich ändernden Voraussetzungen und Regularien angepasst werden. Die Stadtwerke Hannover AG wird sich auch künftig mit den sich ändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen und nach praktikablen und vertretbaren Wegen der Umsetzung suchen.

2.2.1 Europäische Energiepolitik

EU-Klimapakete. Mit dem im Dezember 2008 verabschiedeten Klima- und Energiepaket hat sich die EU unter anderem zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU um 20,0 Prozent zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20,0 Prozent zu steigern und den Energieverbrauch durch bessere Energieeffizienz um 20,0 Prozent zu verringern. Dazu wurden auf Ebene der EU verschiedene Maßnahmen erlassen, deren Umsetzung in nationales Recht noch aussteht.

Drittes Binnenmarktpaket Energie. Im September 2009 ist auf Ebene der EU das Dritte Binnenmarktpaket Energie in Kraft getreten. Wesentlichster Kernpunkt des Paketes ist die Eigentumsentflechtung (Ownership Unbundling) der Stromübertragungs- und Gasfernleitungsnetze (Transportnetze) beziehungsweise eine vergleichbar effiziente Trennung von Netzbetrieb und Erzeugung innerhalb vertikal integrierter Unternehmen. Die Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes Energie in nationales Recht muss bis März 2011 erfolgen.

Verordnung zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Erdgasbinnenmarkt. Im Oktober 2010 haben das Europäische Parlament und der Rat eine neue Verordnung zur Verbesserung der Erdgasversorgung im Erdgasbinnenmarkt erlassen, die im Dezember 2010 in Kraft getreten ist. Ziel der neuen Verordnung ist, Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung festzulegen, indem ein reibungsloses und ununterbrochenes Funktionieren des Erdgasbinnenmarktes sichergestellt wird und sowohl hinsichtlich der Prävention als auch hinsichtlich der Reaktion auf spezielle Versorgungsstörungen eine klare Festlegung und Zuweisung der Zuständigkeiten sowie eine effiziente Koordinierung der Reaktion auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Union vorgesehen werden. Die Verordnung gilt unmittelbar für alle Mitgliedstaaten.

Richtlinie über Industrieemissionen. Der von der EU-Kommission erarbeitete Vorschlag für eine Richtlinie über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) zielt darauf ab, die Verschmutzung durch Industrieanlagen innerhalb der EU zu verringern. Dafür sollen EU-weite Grenzwerte für Schadstoffemissionen eingeführt werden, die klare Anforderungen an die Zulassung von Anlagen definieren. Hieraus kann ein Nachrüstbedarf für Industrieanlagen entstehen. Die Richtlinie wurde im Dezember 2010 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und ist Anfang Januar 2011 in Kraft getreten. Eine Umsetzung in nationales Recht muss bis Januar 2013 erfolgen.

EU-Versteigerungsverordnung. Im November 2010 ist die EU-Versteigerungsverordnung in Kraft getreten. Die Verordnung regelt den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem ab der dritten Handelsperiode (Beginn 2013). Die Versteigerungsverordnung wird das bisher geltende Zuteilungsgesetz und die darauf basierende Emissionshandels-Versteigerungsverordnung 2012 für die Zuteilungsperiode ab 2013 ersetzen.

EU-Energiestrategie 2011–2020. Im Oktober 2010 wurde die neue EU-Energiestrategie 2011–2020 vorgestellt, die in den kommenden Jahren Arbeitsprogramm und energiepolitische Leitlinie für die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten sein wird. Dabei setzt die EU-Energiestrategie auf die Schwer-

punkte Energiebinnenmarkt, Energieeffizienz, Verbraucherschutz, Forschung und Entwicklung sowie die Energieaußenbeziehungen der EU.

2.2.2 Energiepolitik und Rechtsrahmen in Deutschland

Energiekonzept der Bundesregierung für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Im September 2010 hat die Bundesregierung ein nationales Energiekonzept mit Perspektive bis 2050 beschlossen, mit dem Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung formuliert werden. Das Energiekonzept sieht unter anderem vor, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80,0 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2050 auf 60,0 Prozent sowie den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf 80,0 Prozent zu erhöhen. Der Primärenergieverbrauch soll gleichzeitig bis 2050 gegenüber 2008 um 50,0 Prozent sinken. Mit dem Energiekonzept hat die Bundesregierung als ersten Schritt der Umsetzung ein Sofortprogramm beschlossen, das bis zum 31. Dezember 2011 umgesetzt werden soll. Bestandteile des 10-Punkte-Sofortprogramms zum Energiekonzept sind beispielsweise ein 5-Milliarden-Kreditprogramm für den Ausbau von Offshore-Windanlagen, die Befreiung neuer Speicherkraftwerke von Netzentgelten sowie ein zwischen allen Netzbetreibern abgestimmter 10-Jahres-Plan für den Netzausbau in Deutschland. Da die Bundesregierung die Kernenergie als Brückentechnologie für den Übergang zu erneuerbaren Energien sieht, hat sie die Laufzeiten für deutsche Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Im Gegenzug sollen die Kernkraftwerksbetreiber die Förderung der erneuerbaren Energien finanziell unterstützen.

Ausgleichsmechanismus-Ausführungsverordnung. Ende Februar 2010 ist die von der BNetzA erlassene Verordnung zur Ausführung der Verordnung zur Weiterentwicklung des bundesweiten Ausgleichsmechanismus (Ausgleichsmechanismus-Ausführungsverordnung, AusgIMechAV) in Kraft getreten. Die Verordnung dient der Ausgestaltung und Ausführung des weiterentwickelten bundesweiten Ausgleichsmechanismus für nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergüteten Strom. Übertragungsnetzbetreiber sind danach nicht mehr zu einer physikalischen Wälzung des nach dem EEG vergüteten Stroms in Form von Monatsbändern an die Stromlieferanten, sondern zu einer börslichen Vermarktung verpflichtet.

Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen. Im November 2010 ist das Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) in Kraft getreten, mit dem die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (EU-Energiedienstleistungsrichtlinie) in deutsches Recht überführt wird. Mit dem Gesetz soll der nationale Energieeinsparrichtwert entsprechend den Vorgaben der EU-Energiedienstleistungsrichtlinie von 9,0 Prozent Endenergie (d.h. auf Verbraucherseite) bis 2017 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 eingespart werden. Außerdem werden Energieversorger verpflichtet, Endkunden über Energiedienstleistungen, Energieaudits, Energieberatungen oder Energieeffizienzmaßnahmen zu informieren. Institutionen des öffentlichen Sektors sollen künftig eine Vorbildfunktion bei der Verbesserung der Energieeffizienz einnehmen und erfolgreiche Maßnahmen bekannt machen.

Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes. Ende Oktober 2010 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ein Eckpunktepapier zur in 2011 geplanten Novelle des EnWG veröffentlicht. Mit der Novelle des EnWG sollen im Wesentlichen die EU-Regelungen aus dem Jahr 2009 zum Elektrizitäts- beziehungsweise Erdgasbinnenmarkt umgesetzt werden. Mit dem sogenannten Dritten Binnenmarktpaket Energie wurde unter anderem die Entflechtung von Erzeugung und Energietransport (Unbundling) geregelt sowie eine Agentur für die Zusammenarbeit der Regulierungsbehörden geschaffen. An das Eckpunktepapier wird sich voraussichtlich Anfang 2011 die Veröffentlichung eines Referentenentwurfs anschließen. Die Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes Energie in nationales Recht muss bis Ende März 2011 erfolgen.

Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes durch das Haushaltsbegleitgesetz 2011. Am 1. Januar 2011 ist das Haushaltsbegleitgesetz 2011 in Kraft getreten, das unter anderem auch Änderungen des Energie- und des Stromsteuergesetzes mit sich bringt. Die Änderungen beinhalten zum einen eine Reduzierung der bisherigen Steuerbegünstigungen sowohl bei der Energiesteuer als auch bei der Stromsteuer. So wurde auf Initiative des Haushaltsausschusses kurzfristig unter anderem auch der eigentlich für die Fernwärmeversorgung vorgesehene Erhalt der Begünstigung bei der Energiebesteuerung gestrichen. Darüber hinaus ergibt sich zum anderen bei der

Stromsteuer eine gravierende Änderung des Verfahrens der Steuerbegünstigungen für die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes / der Land- und Forstwirtschaft. Außerdem entfallen die Steuerbegünstigungen beim sogenannten Energie-Contracting, wenn die erzeugte Nutzenergie (Wärme, Kälte, Licht etc.) nicht von einem Unternehmen des Produzierenden Gewerbes verwendet wird.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes. Über die energie- und stromsteuerlichen Änderungen im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 hinaus sind weitere Änderungen in einem Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes geplant. Der Entwurf sieht unter anderem die Einführung eines Steuertarifs für Ersatz- und Sekundärbrennstoffe vor.

Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Am 1. Juli 2010 ist das Erste Gesetz zur Änderung des EEG vom 11. August 2010 rückwirkend in Kraft getreten. Mit den Änderungen werden die Vergütungen für Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom auf Gebäuden und Freiflächen deutlich abgesenkt.

Neufassung Gasnetzzugangsverordnung. Im September 2010 ist die Neufassung der Verordnung über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (Gasnetzzugangsverordnung GasNZV) in Kraft getreten. Die Verordnung hat das Ziel, den Wettbewerb auf dem Gasmarkt zu beleben und verlangt, die Zahl der sogenannten Marktgebiete bis 2013 von heute sechs auf höchstens zwei für ganz Deutschland zu reduzieren. Außerdem wird nun ein Versteigerungsverfahren angewendet, um den Zugang zu knappen Transportkapazitäten zu erleichtern, der Anteil von langfristigen Kapazitätsverträgen an Ein- und Ausspeisepunkten begrenzt sowie der Zeitraum, für den Transportkapazitäten im Gasnetz reserviert werden können, auf maximal drei Jahre begrenzt.

Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid. Auch im Jahr 2010 konnte innerhalb der Bundesregierung keine Entscheidung über den sogenannten CCS-Gesetzesentwurf, mit dem auch eine EU-Richtlinie umgesetzt wird, herbeigeführt werden. Damit lässt ein Beschluss über die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid weiter auf sich warten. Die EU-Staaten müssen die EU-Richtlinie bis Mitte 2011 in nationales Recht umgesetzt haben.

Versteigerung von Emissionsberechtigungen in der Zuteilungsperiode 2008 bis 2012. Seit dem Jahr 2010 wird der bisherige Verkauf von einem Teil der Emissionsberechtigungen (etwa 9 Prozent) von einem Versteigerungsverfahren abgelöst. Die Versteigerungen werden in den Jahren 2010 und 2011 wöchentlich an der Leipziger Strombörse EEX (European Energy Exchange) durchgeführt. Für die Zeit nach 2012 ist die Auktionierung als Grundzuteilungsregel vorgesehen, die dafür notwendige EU-Versteigerungsverordnung ist am 12. November 2010 in Kraft getreten. Die Verordnung regelt den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Emissionszertifikaten im EU-Emissionshandelssystem ab der dritten Handelsperiode (Beginn 2013).

3 Absatz und Beschaffung

Strom. Die Stadtwerke Hannover AG versorgt sowohl im als auch außerhalb des Konzessionsgebietes Endkunden mit Strom und tätigt des Weiteren auch Stromhandelsgeschäfte. Im Geschäftsjahr 2010 entwickelten sich bei der Stadtwerke Hannover AG die Abgabemengen für Strom gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Der überwiegend durch den Energiehandel getriebene Stromabsatz hat um 11,4 Prozent auf insgesamt 21.483 GWh abgenommen. Dabei waren sowohl der Absatz an Kunden als auch der Absatz im Stromhandel rückläufig. Die Handelsgeschäfte der Stadtwerke Hannover AG verzeichneten im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 11,6 Prozent.

Entsprechend dem Stromabsatz entwickelten sich auch die Strombezugsmengen gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Den wesentlichen Anteil an den Bezugsmengen hat mit 76,5 Prozent (Vorjahr: 79,4 Prozent) weiterhin der Stromhandel. Darüber hinaus bezieht die Stadtwerke Hannover AG 22,3 Prozent (Vorjahr: 13,4 Prozent) ihres Strombedarfs von Gemeinschaftskraftwerken. Inklusive der stadtwerkeeigenen Erzeugungskapazitäten konnte die Eigenerzeugung in Kraftwerken um 46,9 Prozent gesteigert werden. Der deutliche Anstieg der Eigenerzeugung ist insbesondere auf die durch den KWM-Anteilserwerb zusätzlich vorhandenen Erzeugungskapazitäten zurückzuführen.

Gas. Neben dem Stadtgebiet Hannover führt die Stadtwerke Hannover AG auch in weiteren regionalen Gemeinden die Gasgrundversorgung durch. Ebenso wie im Stromsektor tätigt das Unternehmen auch Geschäfte am Gashandelsmarkt. Bei der Stadtwerke Hannover AG hat sich der ebenfalls stark durch den Energiehandel getriebene Gesamtgasabsatz um insgesamt 6,6 Prozent auf 25.011 GWh

erhöht. Dabei konnten sowohl die Handelsgeschäfte als auch die Gaslieferungen an Kunden deutlich gesteigert werden. Aufgrund von planmäßigen Kundenzugewinnen außerhalb des Konzessionsgebietes im Jahr 2010 stieg dieses Marktsegment um 283,0 GWh auf 368,7 GWh.

Analog zum Absatz erhöhte sich auch der Gasbezug gegenüber dem Vorjahr um 6,6 Prozent. Wie beim Strom stellte auch im Gasbereich die Beschaffung über den Gashandel mit 69,0 Prozent (Vorjahr: 70,4 Prozent) die wesentliche Bezugsquelle dar. Zur Optimierung des Bezugs stehen Speicherkapazitäten über die Beteiligung an der GHG zur Verfügung.

Wasser. Die Stadtwerke Hannover AG betreibt die Wasserversorgung im Stadtgebiet Hannover sowie weiteren regionalen Gemeinden. Darüber hinaus werden verschiedene regionale Wasserverbände und Ortsteile beliefert. Der Wasserabsatz stieg im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozent beziehungsweise 0,2 Millionen Kubikmeter leicht an. Insgesamt wurden 41,7 Millionen Kubikmeter an Kunden abgesetzt. Der Hauptabsatz geht mit 84,5 Prozent an Tarifkunden.

Die Wasserbeschaffung erfolgt hauptsächlich über eigene Wasserwerke in der Region Hannover sowie über strategische Beteiligungen an Wassergewinnungsgesellschaften. Die Eigenerzeugung machte im Geschäftsjahr ähnlich dem Vorjahr einen Anteil von 93,5 Prozent beziehungsweise 40,6 Millionen Kubikmeter am Gesamtbezug aus. Damit stellt der Fremdbezug momentan nur eine strategische Ergänzung zur Eigenerzeugung dar.

Wärme. Zu den Wärmekunden zählen neben Industrieunternehmen öffentliche Einrichtungen, Krankenhäuser und Kunden in Wohngebieten. Der Wärmeabsatz entwickelte sich im Geschäftsjahr insgesamt sehr positiv (plus 21,9 Prozent). Insgesamt wurden 1.389 GWh Wärme abgesetzt. Die positive Entwicklung ist dabei hauptsächlich auf die Fernwärme zurückzuführen, in diesem Bereich konnten zahlreiche Neukunden gewonnen werden.

Die Wärmebeschaffung hat sich entsprechend dem Wärmeabsatz sowohl aufgrund von Temperatureffekten als auch durch die erfolgreiche Umsetzung unseres Fernwärmeverdichtungsprogramms gegenüber dem Vorjahr um 21,9 Prozent erhöht. Der Fernwärmebezug wurde mit 91,3 Prozent (Vorjahr: 93,9 Prozent) beinahe vollständig durch die Erzeugung in den Gemeinschaftskraftwerken in Linden und Stöcken sowie durch weitere eigene Erzeugungskapazitäten abgedeckt.

4 Forschung und Entwicklung

Der Fokus in der Forschung und Entwicklung liegt ausschließlich auf Effizienzverbesserungen der vorhandenen Technologien und Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Effizienzsteigerungen in Kraftwerken. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag im Jahr 2010 in der Modernisierung und Leistungssteigerung der GuD-Anlage des HKW Linden.

Einsatz Brennstoff Biogas. Mit der Erzeugung von Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen und der anschließenden Einspeisung in das Erdgasverteilnetz sind auch im Jahr 2010 umfassende positive Erfahrungen gemacht worden. Zur Verbesserung der Gesamteffizienz ist zum Jahresende eine Micro-Gasturbine installiert worden, die die Abluft der Gasaufbereitung als Verbrennungsluft nutzt und gleichzeitig die Kesselanlage zur Beheizung der Fermenter ersetzt. Die Erfahrungen werden in einem halbjährigen Probe- und Demonstrationsbetrieb ausgewertet, um dann Mitte 2011 zu entscheiden, ob das Verfahren praxisfest ist.

Einführung „Workforce Management System“ (WFM). Um einen effizienten Einsatz der beschäftigten Monteure zu gewährleisten, führt die Stadtwerke Hannover AG seit 2008 in Stufen ein „Workforce Management System“ (WFM-System) ein. Die im Netzbetrieb tätigen Mitarbeitenden erhalten dann ihre Arbeitsaufträge von einer zentralen Arbeitssteuerung direkt auf ihre mobilen Datengeräte. Ende 2010 arbeiteten circa 70,0 Prozent der Mitarbeitenden mit dem System. Mit der Inbetriebnahme der Prozesse „Schaltmanagement Strom“ und „Entstörung“ werden im April 2011 sämtliche Prozesse des Netzbetriebs auf WFM-basierte Arbeitsabläufe umgestellt sein.

Elektromobilität. Im Jahr 2010 konnte das erste Elektroauto (Eco Carrier) in Betrieb genommen werden. Der Schritt in die Elektromobilität wurde durch die Beschaffung von fünf Elektrofahrrädern (Pedelecs) ergänzt. Diese Pedelecs stehen an den Unternehmensstandorten sowie dem enercity expo café allen Mitarbeitenden als Bestandteil des Fahrradpools zur Verfügung. Für das Jahr 2011 wird eine deutliche Marktentwicklung bei den Elektrofahrzeugen erwartet. Weitere Investitionen in Fahrzeuge und Ladestationen sind geplant.

5 Umwelt

Umweltschutz ist ein integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. Dies dient sowohl dem Schutz der Umwelt als auch der langfristigen Sicherung der Produktions- und Geschäftsgrundlagen des Unternehmens. Hierzu gehört ebenfalls ein breites Spektrum an kundenorientierten Umweltschutzmaßnahmen.

Innovativ in der Umsetzung von produktionsorientierten Umweltschutzmaßnahmen. Die Stadtwerke Hannover AG befindet sich auf dem Umsetzungspfad des Klimaschutzprogramms „Klima-Allianz Hannover 2020“. In ihrem Beitrag verpflichtet sich die Stadtwerke Hannover AG zu einer bilanzwirksamen Reduzierung der CO₂-Emissionen um 700.000 Tonnen auf der Angebotsseite (Versorgung mit Strom und Wärme) im Zeitraum von 1990 bis 2020. Des Weiteren sollen die spezifischen CO₂-Emissionen der Stromversorgung weiter gesenkt und die Stromerzeugung soll durch regenerative Energien und in Kraft-Wärme-Kopplung ausgeweitet werden. Die Stadtwerke Hannover AG hat ein Maßnahmen-Portfolio definiert, das in Summe die Ziele in vollem Umfang erfüllt.

Im Jahr 2010 wurde ein Monitoring der im Rahmen der Klima-Allianz vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt. Maßnahmen mit sehr hohem CO₂-Einsparpotenzial wie die GuD-Modernisierung des HKW Linden und der Fernwärmeausbau der Stufe 1 laufen planmäßig, der Ausbau des Contracting auf Basis erneuerbarer Energien läuft schneller als ursprünglich geplant. Der Ausbau der regenerativen Stromerzeugung erfährt auf Basis der strategischen Unternehmensplanung K2020 eine höhere Gewichtung. Gemäß bestehender Vorscheurechnung wird die Erreichung der Unternehmensziele im Rahmen der Klima-Allianz gewährleistet.

enercity-Klimaschutzfonds proKlima. Neben eigenen Potenzialen unterstützt die Stadtwerke Hannover AG mit dem proKlima-Fonds zusätzlich die in der Klima-Allianz aufgezeigten Potenziale zur CO₂-Reduktion auf der Nachfrageseite.

Im Jahr 2010 wurden rund 3,5 Millionen Euro in den enercity-Klimaschutzfonds proKlima eingezahlt, der hierdurch zu rund 76,0 Prozent von der Stadtwerke Hannover AG getragen wird. Die weiteren 24,0 Prozent werden von den Städten Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze, welche auch das proKlima-Fördergebiet bilden, beigesteuert. Die Fördergelder des Fonds fließen dabei vor allem in die energetische Modernisierung von Wohngebäuden – etwa in eine verbesserte Wärmedämmung oder eine effiziente Heizungsanlage. Aber auch kleine und mittlere Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen profitieren von proKlima. Die Förderpolitik von proKlima setzt dabei bewusst Impulse für Innovationen und qualitativ hochwertige Umsetzungen. Ziel aller proKlima-Aktivitäten ist, den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ drastisch zu reduzieren. Der Fonds ist auch weiterhin fest in der Unternehmensstrategie der Stadtwerke Hannover AG verankert.

Ausbau der Windkraft. Für den Ausbau der Stromerzeugung aus Windkraftanlagen sind bis 2020 Investitionen geplant, die noch durch konkrete Projekte zu hinterlegen sind. Dabei sind sowohl On- als auch Offshore-Projekte vorgesehen.

Umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung. Ein wesentlicher Teil der Stromerzeugung erfolgt auch künftig in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf Gas- beziehungsweise Steinkohlebasis in den innerstädtischen Kraftwerken HKW Linden, Kraftwerk Herrenhausen (KWH) sowie GKH. Eine wesentliche Rolle zur Sicherung dieser Ertragskraft im Erzeugungssektor kann durch die Modernisierung und Leistungserweiterung der GuD-Anlage des Standortes Linden erreicht werden. Neben der Erhöhung der Erzeugungskapazitäten wird damit auch ein klares Bekenntnis zur Kraft-Wärme-Kopplung in Hannover gegeben. Nach der Modernisierung des Kraftwerks werden hocheffiziente und ressourcenschonende Erzeugungstechniken zur Verfügung stehen, die eine CO₂-Einsparung von über 200.000 Tonnen jährlich erreichen und damit die derzeit wirksamste Maßnahme im Rahmen der Klima-Allianz mit der Landeshauptstadt Hannover darstellen werden.

Energieeffiziente Straßenbeleuchtung. Nachdem Hannover als eine der ersten Städte die letzte Quecksilberdampf-Hochdrucklampe ersetzte und in der Straßenbeleuchtung nunmehr ausschließlich energieeffiziente Lampen- und Leuchtentechnik in Betrieb ist, wurde dieses Ziel in einem groß angelegten Erneuerungsprojekt im Jahr 2010 auch in Langenhagen erreicht. Beide Städte kamen damit dem europaweiten Verbot dieses Leuchtmittels um fünf Jahre zuvor. Auf der Suche nach weiteren Energieeinsparmöglichkeiten setzt die Stadtwerke Hannover AG ihre LED-Aktivitäten mit der Realisierung des Projekts Eickenhof in Langenhagen fort. Hierbei gelang es erstmals, eine LED-Straßenbeleuchtungsanlage über eine Anwesenheitssensorik zu steuern und mit einem um fast 70,0 Prozent reduzierten Energieeinsatz ohne Komfortverlust zu betreiben.

Biomassenutzung. Im enercity HolzenergieCenter auf dem Gelände des Gemeinschaftskraftwerks in Stöcken wird Prozesswärme des Kraftwerks umweltschonend und wirtschaftlich genutzt, um das dort zum Verkauf angebotene Holz zu trocknen. Anfang Februar 2010 sorgte ein Brand für einen Produktionsausfall. Die modernisierte und vergrößerte Anlage nahm im November 2010 ihren Regelbetrieb wieder auf. Der Absatz von Holzscheiten, -schnittel, -pellets und -briketts betrug im Jahr 2010 knapp 2.700 Tonnen und konnte damit leicht um 60 Tonnen gesteigert werden.

Die eCG sowie die Danpower werden im Geschäftsfeld Biomasse in den nächsten Jahren weiterhin substanziell investieren. Insgesamt ist die Stadtwerke Hannover AG über die Gesellschaften eCG, Danpower sowie Energie-Projektgesellschaft Langenhagen mbH, Langenhagen, (EPL) zurzeit an 13 in Betrieb befindlichen Biogasprojekten beteiligt. Im März 2010 hat die eCG 51,0 Prozent der Anteile an der Bioenergie Harber GmbH & Co. KG, Hohenhameln, übernommen. Diese plant bis Mitte 2011 die Errichtung einer Biogasanlage, die neben der Stromerzeugung aus Biogas im Blockheizkraftwerk auch die angrenzende Schule und andere Kunden mit Wärme beliefern wird. Danpower hat im Jahr 2010 drei weitere Biogasanlagen in Wolgast, Bernsdorf und Saalow in Betrieb genommen.

Zum Jahresende 2010 sind im Konzern Stadtwerke Hannover AG insgesamt 29 Biomasseanlagen, davon 13 Biogasanlagen, in Betrieb. Unter Berücksichtigung der Ersatzbrennstoff-Anlage in Bitterfeld liegt die Stromproduktion dieser Anlagen bei rund 200 GWh, was rund 15 Prozent des Haushaltskundenbedarfs im Netzgebiet Hannover pro Jahr entspricht.

Elektromobilität. Im Jahr 2010 machte die Stadtwerke Hannover AG die ersten Schritte in die elektromobile Zukunft: Im September wurde erstmals eine Flotte von zehn Elektrorollern an enercity-Privat- und Geschäftskunden für einen 10-wöchigen kostenlosen Test vergeben. Im Jahr 2011 sind drei weitere Testphasen geplant, sodass insgesamt 40 Kunden mit den innovativen, fast lautlosen Zweirädern Erfahrungen sammeln können. Darüber hinaus stehen den Mitarbeitenden an allen großen Verwaltungsstandorten und am enercity expo café Elektrofahrräder (Pedelecs) für Dienstfahrten zur Verfügung. Seit November können Nutzer von E-Fahrzeugen an der ersten enercity-Stromtankstelle kostenlos enercity-UmweltStrom tanken.

BioErdgas als Kraftstoff. Seit Juni 2010 bietet die eCG erstmals in Hannover BioErdgas an. Diesem Erdgas werden bilanziell 10,0 Prozent BioErdgas beigemischt, das in der Biogasanlage der BiRo GmbH & Co. KG, Ronnenberg, hergestellt und in der Biogasaufbereitungsanlage der Stadtwerke Hannover AG aufbereitet wird. Das Ergebnis: ein bis zu 30,0 Prozent geringerer Ausstoß des klimaschädlichen CO₂. Zudem werden die lokal wirksamen Schadstoffemissionen wie z.B. Stickoxide über 80,0 Prozent gesenkt. Damit unterstützt die eCG den aktuellen Trend, dem fossilen Kraftstoff Biosprit beizumischen und möchte diese positive Entwicklung auch weiter ausbauen.

Einführung eines Integrierten Managementsystems (IMS). Im Jahr 2010 wurde das IMS nach dreijähriger Projektzeit flächendeckend eingeführt. Damit werden alle verbindlichen Regelungen, Anweisungen und Vorgaben für den Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz und für die Organisationssicherheit (besonders auch das Technische Sicherheitsmanagement – TSM) im Unternehmen zentral in einer einheitlichen Systematik zur Verfügung gestellt.

Projekt ÖKOPROFIT (ÖKOlogisches PROjekt Für Integrierte Umwelt-Technik). Die Maßnahmenprogramme der Fachbereiche zur Erreichung von Umweltzielen haben die Stadtwerke Hannover AG in den Rahmen des Projekts ÖKOPROFIT gestellt. Dort nimmt die Stadtwerke Hannover AG am „ÖKOPROFIT-Klub“ teil, einem Kreis von Unternehmen aus der Region Hannover, die über ein Umweltmanagementsystem verfügen oder ein solches einführen wollen. Die Erfüllung einer umfangreichen Liste von Prüfkriterien zu allen Feldern des betrieblichen Umweltschutzes und insbesondere zu den Aspekten Rechts- und Organisationssicherheit ist Voraussetzung für die Erteilung der ÖKOPROFIT-Auszeichnung, die die Stadtwerke Hannover AG nach 2007 im Jahr 2010 erneut erhalten hat. Auch für das Jahr 2011 wird die Auszeichnung wieder angestrebt.

6 Mitarbeitende

Die Instrumente der Personalpolitik wurden kontinuierlich weiterentwickelt und neue Handlungsfelder, wie zum Beispiel die demografische Entwicklung, beschrieben. Diese gilt es nun näher zu analysieren und Empfehlungen zur strategischen und operativen Umsetzung zu erarbeiten.

Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II in Kraft getreten. Die Stadtwerke Hannover AG hat als einen wichtigen Baustein für die erfolgreiche Bewältigung der unternehmerischen Herausforderungen der Zukunft engagierte, qualifizierte und leistungsbereite Mitarbeitende identifiziert. In diesem Sinne wurde zwischen Betriebsrat und Vorstand im Dezember 2009 die Erneuerung des seit

1999 bestehenden Vertrags zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II beschlossen, der unter anderem betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2018 ausschließt. Der Vertrag zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherung II ist zum 1. Januar 2010 in Kraft getreten.

Veränderte Mitarbeiterumfrage eröffnet neue Chancen. Die Abteilung Personalentwicklung arbeitet konsequent an dem nachhaltigen Ziel, die Schlüsselpositionen der Führungskräfte im Unternehmen zu stärken. In diesem Sinne erfolgte die Neukonzeption der Mitarbeiterzufriedenheitsabfrage. Oberstes Ziel dieses Vorhabens war es, Ergebnisse zu erzeugen, die den Führungskräften wichtige Hinweise zur Verbesserung ihrer Arbeit liefern können. Damit dies möglich wird, mussten die Fragen umfangreicher als bisher sein. Mit der Möglichkeit, Freitextfelder zu nutzen, wurde darüber hinaus einer höheren Individualität Rechnung getragen.

Entwickelt wurde der neue Fragebogen in einer Arbeitsgruppe, in der Mitarbeitende aus allen Unternehmensbereichen ihre Ideen einbringen konnten. Verantwortet wurde das Ergebnis vom Betriebsarzt und der Abteilung Personalentwicklung. Unter Beibehaltung des hohen Datenschutzniveaus der bisherigen Umfrage erfolgte die Durchführung im November 2010.

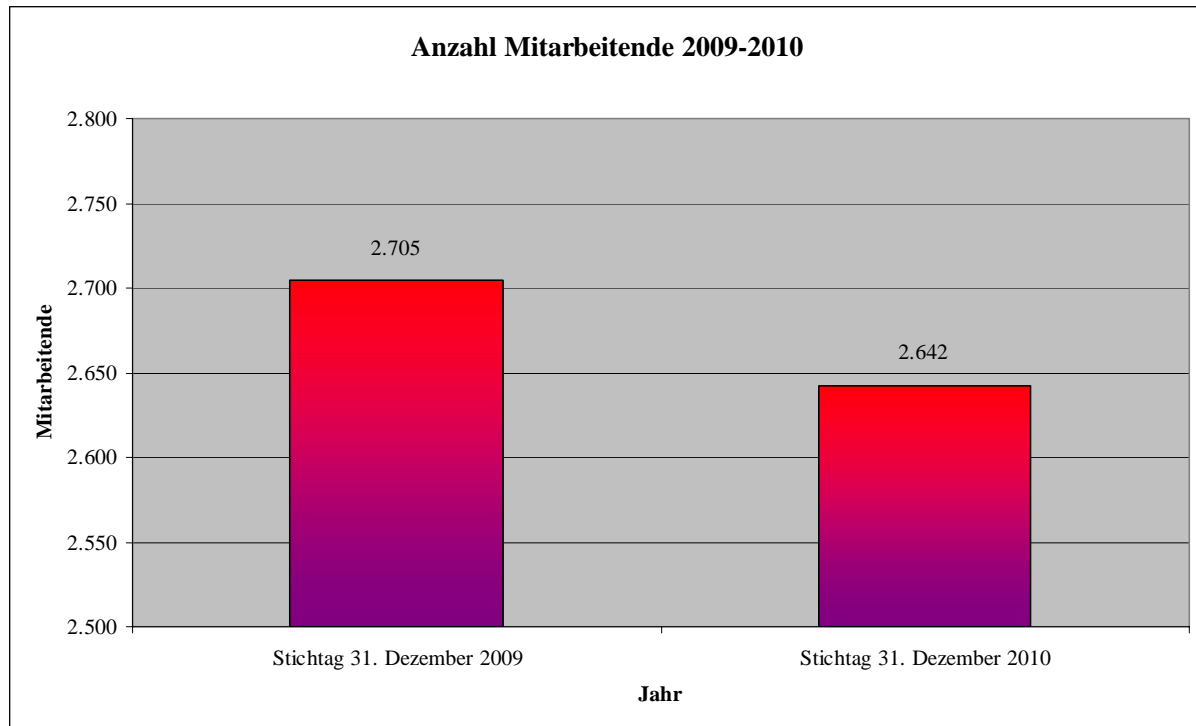
Der Rücklauf der Mitarbeiterbefragung in Höhe von rund 73 Prozent war etwas niedriger als in den Vorjahren, dies dürfte aber auf den deutlichen Mehraufwand für die Teilnehmenden zurückzuführen sein. Für die Analyse der Ergebnisse und eventuell daraus zu ziehende Konsequenzen steht den Führungskräften die Abteilung Personalentwicklung mit ihrer Beratung und ihren professionellen Instrumenten zur Verfügung.

Ausbildungsplatzsituation – Stadtwerke Hannover AG verdoppelt 2011 die Anzahl dualer Studienplätze. Die Stadtwerke Hannover AG sieht für Auszubildende mit einem Abschluss im Rahmen dualer Studiengänge einen wachsenden Bedarf und bessere Vermittlungschancen. Dies ist das Ergebnis der Personalplanungsgespräche im Jahr 2010. Mit diesem Wissen hat sich die Stadtwerke Hannover AG im zweiten Halbjahr 2010 intensiv auf die Besetzung des Ausbildungsjahrgangs 2011 vorbereitet. Es werden wieder insgesamt 35 technische und kaufmännische Ausbildungs- und Studienplätze einschließlich vier Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche in Kooperation mit der Initiative „Pro Beruf“ zur Verfügung gestellt.

Während die Stadtwerke Hannover AG in den letzten Jahren in Kooperation mit der Fachhochschule Hannover und der Hochschule Weserbergland in Hameln insgesamt sieben dual Studierende zum Bachelor of Science – Fachrichtung Elektrotechnik und Bachelor of Arts – Fachrichtung Betriebswirtschaft ausgebildet hat, wird das duale Studienplatzangebot im Jahr 2011 verdoppelt. Die Stadtwerke Hannover AG wird dann insgesamt 14 ausbildungs- und praxisorientierte Studienplätze anbieten.

Stadtwerke Hannover AG gewährt Studierenden Stipendium. Die Betriebsvereinbarung „Fortbildungsförderung“ wurde zum 1. April 2010 modifiziert und um den Punkt „Stipendium“ erweitert. Studierende, die sich nach einer sehr gut abgeschlossenen Berufsausbildung bei der Stadtwerke Hannover AG nicht für eine Fortsetzung ihres Arbeitsverhältnisses, sondern für ein Studium entscheiden, können ein Stipendium in Höhe von maximal 500,00 Euro pro Semester erhalten. Voraussetzung ist die Empfehlung von einem Fachbereich sowie das betriebliche Interesse an Absolventen im gewählten Studienfach. Während des Studiums wird zu den Studierenden permanent Kontakt gehalten, um ihnen gegebenenfalls nach dem Studium bei der Stadtwerke Hannover AG eine Perspektive aufzeigen zu können.

Entwicklung Personalbestand. Die Zahl der Mitarbeitenden ist im Vergleich zum Vorjahr weiterhin gesunken. Diese Entwicklung ist das Resultat der konsequenten Umsetzung des Projekts Triathlon. Die dort formulierten Ziele wurden erreicht. Die Umsetzung wurde durch ein unterstützendes Personalcontrolling, die angepassten Regelungen zur Neubesetzung von Stellen sowie die darauf abgestimmte Personalplanung mit den Fachbereichen unterstützt.



7 Bindung an Stadt und Region

Die Stadtwerke Hannover AG ist mit der Landeshauptstadt Hannover und ihren Bürgerinnen und Bürgern traditionell verbunden. Das Engagement erstreckt sich dabei nicht nur auf die Versorgungswirtschaft und damit einhergehende monetäre Aspekte, sondern auch auf einen aktiven Umweltschutz und ein soziales Engagement.

Wirtschaft. Aus dem Geschäftsjahr 2010 werden der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover 88,5 Millionen Euro (Vorjahr 89,7 Millionen Euro) über die VVG zugeführt. Zusätzlich zahlt die Stadtwerke Hannover AG eine Konzessionsabgabe von 45,7 Millionen Euro (Vorjahr 44,7 Millionen Euro) an die Landeshauptstadt Hannover und die Umlandgemeinden.

Umwelt. Durch ihr Engagement im enercity-Fond proKlima fördert die Stadtwerke Hannover AG zusammen mit kommunalen Partnern den Klimaschutz in der Region und trägt damit zur Steigerung der Lebensqualität bei. Außerdem hat die Stadtwerke Hannover AG gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover in der Klima-Allianz 2020 ein wegweisendes Klimaschutzaktionsprogramm entwickelt. Zudem stellt die Stadtwerke Hannover AG attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Durch die Vergabe von umfangreichen Aufträgen an die heimische Wirtschaft und heimische Handwerksbetriebe repräsentiert die Stadtwerke Hannover AG einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor in Stadt und Region.

Kultur und Soziales. Neben dem wirtschaftlichen und ökologischen Engagement steht ein aktives Kultur- und Sozialsponsoring. So wurde unter anderem bereits vor zehn Jahren das enercity network mit dem Ziel gegründet, nachhaltig Jugendliche zu fördern und sie dabei zu unterstützen, ihre Talente und Fähigkeiten zu entdecken.

8 Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage

8.1 Gesamtbeurteilung

Stabile Gesamtentwicklung. Die Stadtwerke Hannover AG entwickelte sich im Geschäftsjahr 2010 insgesamt stabil.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich unter Berücksichtigung der Erträge aus Strom- und Gasfuture-Geschäften um 13,3 Prozent, bei unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Sparten. Der größte Anteil an den Umsätzen entfällt dabei unverändert auf den Strom- und Gasbereich. Die zu den Umsätzen weniger stark gesunkenen Materialaufwendungen führten zu einem um 5,0 Prozent beziehungsweise 19.221 Tausend Euro verringerten Rohertrag.

Steuerungsgröße EBIT (Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsergebnis und außerordentlichem Ergebnis). Das EBIT (Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsergebnis und außerordentlichem Ergebnis) als eine wesentliche interne Steuerungsgröße der Stadtwerke Hannover AG sank um 12.649 Tausend Euro auf 176.239 Tausend Euro (Vorjahr: 188.888 Tausend Euro). Das EBIT lag damit um 6,7 Prozent niedriger als im durch Sondereffekte beeinflussten Vorjahr und oberhalb des im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr prognostizierten Wertes. Aufgrund des durch die ausgeweitete Kreditaufnahme zur Finanzierung von Wachstumsinvestitionen verschlechterten Zinsergebnisses liegt das Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf die Genussscheine um 15,2 Prozent unter dem Vorjahr und sank damit ebenfalls.

Steuerungsgröße ROCE. Neben dem EBIT als Ergebnisgröße stellt der ROCE (Return on Capital Employed) eine weitere wesentliche Steuerungsgröße der Stadtwerke Hannover AG dar. Mit ihr soll gemessen werden, wie effektiv und profitabel die Gesellschaft mit ihrem eingesetzten Kapital wirtschaftet. Sie ergibt sich als Quotient von EBIT und dem durchschnittlichen Capital Employed des Geschäftsjahres. Das Capital Employed ergibt sich aus der Bilanzsumme abzüglich des nicht zinstragenden Kapitals. Bei der Stadtwerke Hannover AG zählen hierzu im Wesentlichen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Rückstellungen und Steuerrückstellungen sowie die erhaltenen Zuschüsse.

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2010 spiegelt sich in einem ROCE von 13,8 Prozent (Vorjahr: 19,4 Prozent) wider. Das durchschnittlichen Capital Employed hat sich durch Investitionstätigkeiten auf 1.277.270 Tausend Euro (Vorjahr: 975.876 Tausend Euro) erhöht.

8.2 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Ertragslage (Kurzfassung)	2010	2009	Veränderung in	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse ¹⁾	2.576.389	2.970.464	-394.075	-13,3
Materialaufwand ¹⁾	2.210.612	2.585.466	-374.854	-14,5
Rohertag ²⁾	365.777	384.998	-19.221	-5,0
Personalaufwand	194.487	194.506	-19	0,0
Konzessionsabgabe	45.701	44.752	949	2,1
Übrige betriebliche Aufwendungen	125.811	119.638	6.173	5,2
Übrige betriebliche Erträge	193.994	214.768	-20.774	-9,7
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	42.926	-4.623	47.549	>100,0
EBITDA	236.698	236.247	451	0,2
Abschreibungen (inkl. Zuschreibungen)	60.459	47.359	13.100	27,7
EBIT	176.239	188.888	-12.649	-6,7
Zinsergebnis	-29.953	-11.335	-18.618	>100,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	146.286	177.553	-31.267	-17,6
Ertragsteuern	4.163	4.162	1	0,0
Erfolgsunabhängige Steuern	1.592	1.487	105	7,1
Außerordentliche Aufwendungen	0	-6.261	6.261	-100,0
Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausschüttung auf Genussscheine	140.531	165.643	-25.112	-15,2
Gewinnabführung	110.548	112.104	-1.556	-1,4
Ausschüttung auf Genussscheine	3.983	4.039	-56	-1,4
Einstellung in Gewinnrücklage der SWH	26.000	49.500	-23.500	-47,5
Bilanzgewinn	0	0	0	0,0

¹⁾ Die Erträge (93.999 Tausend Euro; Vorjahr: 155.370 Tausend Euro) und Aufwendungen (134.512 Tausend Euro; Vorjahr: 141.742 Tausend Euro) aus Strom- und Gasfutures wurden nicht den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen, sondern den Umsatzerlösen bzw. dem Materialaufwand zugeordnet.

²⁾ Ohne andere aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen.

Die Stadtwerke Hannover AG erwirtschaftete ihren Gesamtumsatz im Wesentlichen im Inland. Dabei stellt das Konzessionsgebiet das wesentliche Absatzgebiet für Endkunden dar. Dies gilt vor allem für die Absätze in den Sparten Wasser und Wärme und in großen Teilen auch für den Gasabsatz. Die Wärmesparte beinhaltet nur noch das Fernwärmegeschäft.

Umsatzerlöse. Im Jahr 2010 erwirtschaftete die Stadtwerke Hannover AG Umsatzerlöse in Höhe von 2.576.389 Tausend Euro. Dies bedeutet einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (2.970.464 Tausend Euro) von 394.075 Tausend Euro. Dabei sind Erlösrückgänge bei Strom und Gas sowohl beim Absatz an Kunden als auch beim Energiehandel zu verzeichnen. Dagegen konnten bei der Wärme als auch bei den sonstigen Geschäften Umsatzsteigerungen verzeichnet werden.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse bildet sich in den einzelnen Sparten wie folgt ab:

In der **Stromsparte** wurden Erlöse in Höhe von 1.545.631 Tausend Euro (Vorjahr: 1.966.207 Tausend Euro) erzielt. Dabei tragen die Stromhandelsgeschäfte mit 922.338 Tausend Euro (Vorjahr: 1.213.275 Tausend Euro) zu den Stromerlösen bei. Der Rückgang der Handelsgeschäfte resultiert aus geringeren Handelsmengen und der Realisierung der geringeren Preise an der Strombörse. Neben dem Rückgang im Handel waren auch die Erlöse mit Kunden um 56.747 Tausend Euro geringer. Dies geht unter anderem auf eine Reduzierung der Absatzmengen aufgrund von Kundenverlusten zurück. Darüber hinaus sanken die Erträge aus zur Absicherung der Commodityrisiken eingesetzten Stromfutures um 72.895 Tausend Euro. Insgesamt sanken die Stromerlöse um 21,4 Prozent.

Die Erlöse der **Gassparte** (615.125 Tausend Euro; Vorjahr: 624.468 Tausend Euro) sind mengen- und preisbedingt leicht um 1,5 Prozent zurückgegangen. Dabei verringerten sich die Gashandelsge-

schäfte (299.984 Tausend Euro; Vorjahr: 310.377 Tausend Euro) bei einem fast unveränderten Mengenvolumen um 3,3 Prozent. Beim Absatz an Kunden waren ebenfalls Umsatzrückgänge zu verzeichnen. Trotz witterungsbedingter Mengensteigerung und Kundengewinnen außerhalb des Konzessionsgebietes sanken die Gaserlöse aufgrund der in den Jahren 2009 und 2010 vorgenommenen drei Gaspreissenkungen.

Im **Bereich Wärme** ist ein leichter Anstieg der Umsatzerlöse um 2.863 Tausend Euro auf 74.091 Tausend Euro zu verzeichnen. Grund hierfür sind bei geringeren Preisen die witterungsbedingt erhöhten Absatzmengen im Fernwärmebereich.

Die **Wassererlöse** betragen 69.154 Tausend Euro im Jahr 2010 und lagen damit 916 Tausend Euro unter dem Vorjahreswert. Damit setzte sich der langjährige Trend der rückläufigen Umsätze im Wasserbereich, außer im Vorjahr, wieder fort.

Die **sonstigen Umsatzerlöse** sind um 14,2 Prozent auf 272.388 Tausend Euro (Vorjahr: 238.491 Tausend Euro) gestiegen. Sie resultieren hauptsächlich aus Betriebsführungsentgelten (87.642 Tausend Euro; Vorjahr: 80.458 Tausend Euro), aus Erlösen aus dem Verkauf von Kohle (73.936 Tausend Euro; Vorjahr: 48.431 Tausend Euro) und Kraftwerksgas an unsere Kraftwerksgesellschaften (27.434 Tausend Euro; Vorjahr: 29.148 Tausend Euro) sowie aus Nebengeschäften (68.440 Tausend Euro; Vorjahr: 66.718 Tausend Euro). In den Nebengeschäften werden unter anderem Dienstleistungen und Arbeitnehmerüberlassungen an Tochtergesellschaften erfasst. Neben der eNG bestehen hier auch erstmalig Geschäftsbeziehungen zur eCG.

Materialaufwand. Der gesamte Materialaufwand, der im Wesentlichen Bezugskosten für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme enthält, hat sich gegenüber dem Vorjahr um 374.854 Tausend Euro auf 2.210.612 Tausend Euro verringert. Einhergehend mit der Erlösentwicklung beim Energiehandel sind die Aufwendungen aus dem Stromhandel mengen- und preisbedingt um 384.919 Tausend Euro gesunken. Dem stehen nur leicht gestiegene Gashandelsaufwendungen entgegen. Trotz gestiegener Handelsmengen kam es aufgrund von geringeren Preisen nur zu um 642 Tausend Euro auf 299.340 Tausend Euro gestiegenen Gashandelsaufwendungen. Darüber hinaus sanken die Aufwendungen aus zur Absicherung der Commodityrisiken eingesetzten Strom- und Gasfutures um 7.230 Tausend Euro. Der Wasserbezug ist aufgrund der weitestgehenden Eigenerzeugung von untergeordneter Bedeutung. In den übrigen Materialaufwendungen sind die Aufwendungen für Kohleinkäufe zur Weiterveräußerung enthalten, die aufgrund der durch den Erwerb des KWM-Anteils gestiegenen Erzeugungskapazität um 33.613 Tausend Euro auf 80.289 Tausend Euro angestiegen sind.

Bezogene Leistungen. In den bezogenen Leistungen sind die an die Netzbetreiber zu leistenden Netzentgeltzahlungen mit 207.243 Tausend Euro (Vorjahr: 194.938 Tausend Euro) enthalten. Dabei stiegen die zu leistenden Netzentgelte an die eNG für im Konzessionsgebiet versorgte Kunden aufgrund gestiegener Absatzmengen im Gasbereich von 160.433 Tausend Euro auf 169.237 Tausend Euro. Auch für außerhalb des Netzgebietes versorgte Kunden entstanden aufgrund gestiegener Netzentgelte an fremde Netzbetreiber und gestiegene Gasabsatzmengen höhere Nutzungsaufwendungen von 37.995 Tausend Euro (Vorjahr: 34.505 Tausend Euro).

Abschreibungen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sind mit 46.891 Tausend Euro (Vorjahr 47.359 Tausend Euro) nur leicht verändert. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen sind auf die Abwertung von Beteiligungen in Höhe von 14.937 Tausend Euro zurückzuführen. Beim Erwerb der Beteiligung an KWM wurden die dem erworbenen KWM-Anteil zuzurechnenden und für die Folgejahre noch zuzuteilenden Emissionszertifikate wertmäßig berücksichtigt. Durch den Verbrauch der Emissionszertifikate für das Jahr 2010 wurde dieser Wertanteil verbraucht und führt zu einer Reduzierung des Gesamtwertes um 11.706 Tausend Euro.

Personalaufwand. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr (194.506 Tausend Euro) leicht auf 194.487 Tausend Euro gesunken.

Konzessionsabgabe. Die Konzessionsabgabenzahlungen an Städte und Gemeinden im Konzessionsgebiet der Stadtwerke Hannover AG entsprechen den diesen Verpflichtungen zugrunde liegenden Absatz- beziehungsweise Umsatzentwicklungen. Sie wurden in voller Höhe erwirtschaftet und sind aufgrund gestiegener Absatzmengen höher als im Vorjahr.

Übrige betriebliche Erträge. Der Rückgang der übrigen betrieblichen Erträge um 20.774 Tausend Euro resultiert hauptsächlich aus den gesunkenen Gewinnen aus dem Abgang von

Anlagevermögen. Dieser resultiert im Wesentlichen aus einem gegenüber dem mit vielen Sondereffekten beeinflussten Vorjahr normalen Geschäftsverlauf im Berichtsjahr.

Finanzergebnis. Das Finanzergebnis hat sich von - 15.958 Tausend Euro auf 12.973 Tausend Euro um 28.931 Tausend Euro verbessert. Ursache hierfür ist ein hauptsächlich aufgrund der erstmaligen Gewinnabführung der Thüga an die Gesellschafter um 47.549 Tausend Euro verbessertes Beteiligungsergebnis. Das Zinsergebnis hat sich dagegen verschlechtert, was auf die ausgeweitete Kreditaufnahme im Zusammenhang mit den getätigten Investitionen zurückzuführen ist.

Nach Bedienung des Genussscheinkapitals in Höhe von 3.983 Tausend Euro ergibt sich ein entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der VVG abzuführender Gewinn von 110.548 Tausend Euro. Ein Betrag von 26.000 Tausend Euro wird zur Stärkung des Eigenkapitals in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

8.3 Finanzlage

8.3.1 Ziele und Grundsätze des Finanzmanagements

Das Finanzmanagement der Stadtwerke Hannover AG hat die langfristig stabile Unternehmensfinanzierung und die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens unter Beachtung ausgewogener Bilanzstrukturen zum Ziel. Unter Wahrung einer hohen Verlässlichkeit und Sicherheit soll gleichzeitig eine weitgehende Flexibilität erreicht werden. Bereitstellung und Bewirtschaftung der finanziellen Ressourcen schaffen dabei auch unternehmerische Spielräume und halten Handlungsmöglichkeiten für strategische Optionen offen.

Grundsätzlich erfolgen alle Finanzierungsaktivitäten des Unternehmens im Rahmen der unternehmensspezifischen Finanzrichtlinien. Diese bilden den Handlungsrahmen für das Finanzmanagement und entsprechen den Organisations- und Sorgfaltspflichten des Unternehmens.

8.3.2 Finanzwirtschaftliche Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr

Finanzierungsaktivitäten des Geschäftsjahres. Die im Rahmen der Wachstumsstrategie des Unternehmens geplanten, begonnenen oder bereits realisierten Investitionsprojekte wie der Ausbau der Kraftwerkskapazitäten, die Erweiterung der Gasspeicherkaverne und insbesondere der im Jahr 2009 vollzogene Anteilserwerb an der Thüga werden über bilaterale Bankkredite und Schuldscheindarlehen finanziert. Im Jahr 2010 wurden dafür Tilgungen in Höhe von rund 50 Millionen Euro und Kreditneuaufnahmen in Höhe von rund 185 Millionen Euro getätigt, sodass das Volumen der langfristigen Darlehen zum 31. Dezember 2010 759,4 Millionen Euro beträgt. Das Volumen der davon auf 6-Monats-Euribor-Basis verzinsten Darlehen beläuft sich auf rund 707 Millionen Euro. Die mit den Kreditgebern vereinbarten Financial Covenants sind eingehalten worden.

Rund 65 Prozent der im Jahr 2010 neu aufgenommenen Mittel wurden über ein mit der Landesbank Berlin und der Nord/LB aufgelegtes Schuldscheindarlehen bereitgestellt. Dieses stellt bereits das zweite Schuldscheindarlehen für das Unternehmen dar. Nachdem schon im Jahr 2009 erstmalig ein Schuldscheindarlehen sehr erfolgreich platziert wurde, konnte der Erfolg dieser Finanzierungsform im Jahr 2010 wiederholt werden. Aufgrund des großen Interesses wurde das geplante Emissionsvolumen von anfänglich rund 55 Millionen Euro auf rund 120 Millionen Euro aufgestockt. Rund 40 Kreditgeber zeichneten das Papier mit Laufzeiten zwischen fünf und zehn Jahren. Für den Großteil des Emissionsvolumens wurde ein variabler Zinssatz auf 6-Monats-Euribor-Basis vereinbart.

Zinsentwicklung. Die langfristige Zinssicherung für die variabel verzinsten Darlehen erfolgt durch den Einsatz von Zinsswaps. Die zur Zinssicherung abgeschlossenen Swapverträge haben zum 31. Dezember 2010 ein Vertragsvolumen von rund 630 Millionen Euro. Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt 13,4 Jahre, der durchschnittliche Festsatz 3,24 Prozent. Neben den Zinsswaps beinhaltet das Derivate-Portfolio auch Zinsswapoptionen in Höhe von rund 50 Millionen Euro.

Entwicklung Fondsanlagen. Das Gesamtvolumen der in Spezialfonds investierten Mittel des Unternehmens beträgt 91,6 Millionen Euro.

Liquiditätssteuerung. Für den kurzfristigen Liquiditätsbedarf sind dem Unternehmen von fünf Banken schriftlich vereinbarte Kreditlinien in Höhe von insgesamt 140,3 Millionen Euro eingeräumt worden. Daneben stehen dem Unternehmen bei Banken intern vorgemerkte Linien über weitere 80,0 Millionen Euro zur Verfügung. Die üblichen saisonalen Liquiditätsschwankungen werden über

kurzfristige Geldanlagen und -aufnahmen ausgeglichen. Für die Abwicklung dieser Geschäfte kann das Unternehmen zum Stichtag auf bis zu acht Bankpartner zurückgreifen.

Devisenhandel. Schwerpunkt des Devisenhandels war im Jahr 2010 die Absicherung der auf den internationalen Märkten beschafften Kraftwerkskohle. Pro Jahr beschafft das Unternehmen Importkohle in einem preisabhängigen Schwankungsspielraum von rund 100 Millionen US-Dollar bis 150 Millionen US-Dollar. Das damit verbundene Währungsrisiko wird für die Wirtschaftsjahre 2011 bis 2013 durch Kurssicherungen mittels Devisentermingeschäften reduziert und aktiv gesteuert.

Ausblick. Aufgabe des Finanzmanagements wird es in den nächsten Jahren sein, die Finanzierungsmöglichkeiten für das Unternehmen weiter zu optimieren. Nach der konzentrierten Ausweitung des Kreditvolumens für diverse Wachstumsinvestitionen in den vergangenen beiden Jahren wird der Schwerpunkt zukünftig darauf liegen, bei Darlehensprolongationen und Anschlussfinanzierungen die Mittelbereitstellung weiterhin zu guten Konditionen für das Unternehmen zu sichern.

8.3.3 Liquiditätsanalyse

Die Aufgliederung des Finanzbedarfs und dessen Deckung ergibt sich wie folgt:

in TEUR	2010	2009
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	158.204	233.808
davon Cash Earnings nach DVFA/SG	187.194	192.552
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-175.115	-476.333
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	39.255	256.266
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	22.344	13.741
Finanzmittelfonds am 01.01.	38.646	24.905
Finanzmittelfonds am 31.12.	60.990	38.646
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds	31.12.2010	31.12.2009
Liquide Mittel	56.629	31.062
Wertpapiere des Umlaufvermögens	4.361	7.743
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-)	0	-159
	60.990	38.646

Das Geschäftsjahr 2010 war nach den umfangreichen Investitionen im Jahr 2009 durch eine rückläufige Investitionstätigkeit und ein niedrigeres Ergebnis geprägt. Die Investitionen lagen dabei immer noch über denen der Vorjahre.

Das gesunkene Investitionsvolumen führte insgesamt zu einem Rückgang der Auszahlungen im Cashflow aus Investitionstätigkeit von 301.218 Tausend Euro. Dieser Rückgang im Geschäftsjahr resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Investitionen in das Finanzanlagevermögen und den aufgrund des Verkaufs der im Bau befindlichen GuD-Anlage an die GKL gestiegenen Mittelzuflüssen aus dem Sachanlagevermögen.

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen (80.602 Tausend Euro) betrafen neben den üblichen Ersatzinvestitionen im Sachanlagevermögen auch noch Auszahlungen für den Ausbau der im Bau befindlichen GuD-Anlage im Kraftwerk Linden. Diese im Bau befindliche GuD-Anlage wurde im Geschäftsjahr 2010 an die GKL verkauft. Dies führte zu um 74.878 Tausend Euro gestiegene Mittelzuflüsse aus dem Verkauf von Sachanlagen. Zur Finanzierung des Erwerbs hat die GKL ein Gesellschafterdarlehen über 75.000 Tausend Euro bei der Stadtwerke Hannover AG aufgenommen. Dieses Darlehen ist Bestandteil der insgesamt auf 182.515 Tausend Euro (Vorjahr: 660.342 Tausend Euro) zurückgegangenen Investitionen in Finanzanlagen. Neben dem Darlehen betrafen die Investitionen in das Finanzanlagevermögen im Wesentlichen Spezialfonds (91.612 Tausend Euro). Die Investitionen in das Finanzanlagevermögen wurden mit 14.799 Tausend Euro aus dem Verkauf von Finanzanlagen finanziert.

Die getätigten Investitionen wurden durch Mittelzuflüsse aus Finanzierungsaktivitäten und dem operativen Cashflow ausgeglichen. Der operative Cashflow verringerte sich entsprechend der rückläufigen Ergebnisentwicklung. Im Rahmen der Finanzierungsaktivitäten nahm das Darlehensvolumen um 135.000 Tausend Euro zu. Diese Mittel wurden hauptsächlich zur Finanzierung der Investitionen verwendet. Darüber hinaus erfolgten Auszahlungen an die Anteilseigner und Genussscheininhaber in Höhe von 104.493 Tausend Euro.

Insgesamt konnte der Finanzmittelfonds um 22.344 Tausend Euro gesteigert werden.

8.4 Vermögenslage

8.4.1 Vermögensanalyse

Der Jahresabschluss der Stadtwerke Hannover AG wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der neuen Fassung nach Verabschiedung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend dazu waren die Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes und des Wertpapierhandelsgesetzes zu beachten. Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

Bilanz (Kurzfassung)	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung in	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.262	7.489	773	10,3
Sachanlagen	406.145	447.106	-40.961	-9,2
Finanzanlagen	944.469	602.075	342.394	56,9
Umlaufvermögen				
Vorräte	37.293	33.117	4.176	12,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	398.779	610.614	-211.835	-34,7
Wertpapiere und flüssige Mittel	60.990	38.805	22.185	57,2
Rechnungsabgrenzungsposten	590	451	139	30,8
Bilanzsumme Aktiva	1.856.528	1.739.657	116.871	6,7
Eigenkapital	399.227	373.227	26.000	7,0
Zuschüsse	97.428	99.317	-1.889	-1,9
Rückstellungen	265.509	280.072	-14.563	-5,2
Verbindlichkeiten	1.092.938	986.519	106.419	10,8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.426	522	904	>100,0
Bilanzsumme Passiva	1.856.528	1.739.657	116.871	6,7

Die Bilanzsumme der Stadtwerke Hannover AG ist gegenüber dem Vorjahr um 6,7 Prozent gestiegen.

Aktiva. Der Rückgang des Sachanlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus der Übertragung von Anlagen für das Modernisierungsprojekt GuD-Anlage auf die GKL (74.594 Tausend Euro). Dem stehen Investitionen von insgesamt 80.602 Tausend Euro bei gleichzeitigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 43.873 Tausend Euro gegenüber, welche im Wesentlichen im Leitungsnetz vorgenommen wurden. Die Finanzanlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 342.394 Tausend Euro. Der deutliche Anstieg ergibt sich hauptsächlich aus den im Jahr 2010 wirksamen Investitionen in Beteiligungen mit 180.990 Tausend Euro, der Vergabe von Darlehen an Beteiligungen (insbesondere GKL) für deren Investitionsfinanzierung mit 85.279 Tausend Euro sowie dem Rückerwerb von Spezialfonds in Höhe von 91.612 Tausend Euro. Gegenläufig hat sich hauptsächlich der Abgang der Buchwerte aus der Veräußerung der Anteile an der GWK Staudinger GmbH & Co. KG (3.342 Tausend Euro) ausgewirkt.

Zu einer Reduzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 211.835 Tausend Euro hat im Wesentlichen das Wirksamwerden der Neustrukturierung des Beteiligungsportfolios beigetragen (191.564 Tausend Euro).

Die teilweise Auflösung der zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitansprüche erworbenen Wertpapierfonds führte zu einer Abnahme der sonstigen Wertpapiere um 3.382 Tausend Euro. Grundlage hierfür ist die Umstellung auf eine bürgschaftsbasierte Besicherungsform. Die liquiden Mittel sind demgegenüber insbesondere aufgrund der kurzfristigen Anlage von Geldern aus der frühzeitigen Aufnahme von Krediten für die Finanzierung von Investitionen angestiegen.

Die Quote des langfristigen Vermögens erhöhte sich im Geschäftsjahr deutlich um 20,6 Prozent, da einerseits die getätigten Investitionen in Finanzanlagen das langfristige Vermögen stärken und andererseits das Umlaufvermögen durch die Umsetzung des Erwerbs der KWM-Anteile merklich reduziert wurde.

Kennzahlen der Vermögensstrukturanalyse	2010	2009	Veränderung	
	in %	in %	absolut	in %
Langfristige Vermögensquote	73,2	60,7	12,5	20,6
Eigenkapitalquote	21,5	21,4	0,1	0,5

Passiva. Das Eigenkapital erhöhte sich durch die Einstellung in die Gewinnrücklagen aus dem Jahresergebnis 2010 um 26.000 Tausend Euro.

Der deutliche Anstieg der Verbindlichkeiten um insgesamt 106.419 Tausend Euro auf 1.092.938 Tausend Euro resultiert mit 134.841 Tausend Euro im Wesentlichen aus einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die der Finanzierung der begonnenen Investitionsprojekte dienen. Dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stand eine Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 22.219 Tausend Euro mindernd gegenüber.

Durch die Einstellungen in die Gewinnrücklagen konnte die Eigenkapitalquote mit 21,5 Prozent leicht verbessert werden.

Insgesamt verfügt die Stadtwerke Hannover AG über eine solide Vermögens- und Kapitalstruktur.

8.4.2 Investitionen und Substanzerhaltung

Die Stadtwerke Hannover AG hat im Geschäftsjahr 443,6 Millionen Euro investiert. Die Investitionen verteilen sich auf Finanzanlagen mit 360,6 Millionen Euro, auf Sachanlagen in Höhe von 80,6 Millionen Euro sowie immaterielle Vermögensgegenstände mit 2,4 Millionen Euro.

Finanzanlagen. Die Zugänge zu den Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen mit 179,2 Millionen Euro Anteile an verbundenen Unternehmen, mit 85,3 Millionen Euro die Vergabe von Darlehen an Beteiligungen und mit 91,6 Millionen Euro den Erwerb von Spezialfonds. Die Finanzierung der Übernahme der im Bau befindlichen GuD-Anlage und deren weiteren Ausbau durch GKL erfolgt über Gesellschafterdarlehen der Stadtwerke Hannover AG. Im Geschäftsjahr wurden 75,0 Millionen Euro erstmalig ausgereicht. Darüber hinaus wurden 91,6 Millionen Euro in den Rückwerb von Wertpapierspezialfonds investiert.

Sachanlagen. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen mit 49,8 Millionen Euro im Wesentlichen geleistete Anzahlungen beziehungsweise Anlagen im Bau. Davon investierte die Stadtwerke Hannover AG im laufenden Jahr weitere 27,4 Millionen Euro in die Erweiterung des Heizkraftwerks in Linden. Da das Modernisierungsprojekt künftig federführend von der GKL vorangetrieben wird, wurden im Laufe des Geschäftsjahres sämtliche Anlagen in Höhe von insgesamt 74,1 Millionen Euro von der Stadtwerke Hannover AG auf die GKL übertragen. Für die Erneuerung und Erweiterung der Verteilungsanlagen wurden insgesamt 23,6 Millionen Euro aufgewendet. Die übrigen Investitionen betrafen mit 7,2 Millionen Euro im Wesentlichen Zähl- und Messeinrichtungen, die Neubeschaffung von Fahrzeugen, die Erweiterung des Fernmeldekabelnetzes sowie die Ersatzbeschaffung von Hardware und von Gebäudeeinrichtungen.

Leitungsnetz. Die Länge des Leitungsnetzes erhöhte sich in der Stromversorgung von 7.367 Kilometer um 22 Kilometer auf 7.389 Kilometer. Durch weitere technische Netzoptimierungen verringerte sich das Verteilungsnetz in der Gasversorgung um zwölf Kilometer auf 1.942 Kilometer. Das Transport- und Verteilnetz der Wasserversorgung, bestehend aus Zubringer-, Haupt- und Versorgungsleitungen, hatte zum 31. Dezember 2010 eine Gesamtlänge von 2.209 Kilometer. Das Leitungsnetz der Fernwärmeversorgung hat eine Länge von 295 Kilometer.

Die Investitionen für Erneuerungsmaßnahmen basieren auf den alle zwei Jahre überarbeiteten Instandhaltungskonzepten für die jeweiligen Energie- und Wassernetze. Diese enthalten unter anderem Aussagen über die Schadensentwicklung und die Substanzbewertung und zum mittelfristigen Ersatzbedarf auf der Basis von technischen Lebensdauerverteilungen. Bei dem derzeitigen kontrollierten moderaten Substanzverzehr kann weiterhin von einer befriedigenden Gesamtsituation mit einzelnen Problemfeldern ausgegangen werden.

Stromnetz. Die Abwicklung des 110-kV-Strom-Netzanschlusses für Volkswagen liegt technisch, finanziell und zeitlich in dem mit der Volkswagen Kraftwerk GmbH (VWK) abgestimmten Rahmen. Das dritte 110-kV-Kabel zur Versorgung des VW-Werkes wurde planmäßig im Jahr 2010 in Betrieb genommen. Die VWK-internen Lastumschwenkungen auf die neue 110-kV-Schaltanlage werden bis 2012 fortgesetzt.

Im Rahmen des GuD-Modernisierungsprojekts am Kraftwerksstandort Linden wird das durch die eNG erstellte 110-kV-Einspeisekonzept umgesetzt. Das Konzept wurde in Verbindung mit einem 110-kV-Zielnetz entwickelt, was mittelfristig zu einer Reduzierung der 110-kV-Netzsubstanz und zu weniger Redundanz in den Betriebsmitteln bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Übertragungsfähigkeit im 110-kV-Netz führen wird. Die ersten zwei 110-kV-Kabelverbindungen zwischen dem Umspannwerk (UW) Linden und dem UW Bult wurden termingerecht fertiggestellt. Die 110-kV-Kabelverbindungen zwischen dem UW Bult und dem UW Anderten sowie die zugehörigen Umschwenkarbeiten im UW Anderten, UW Mehrum und UW Lahe liegen technisch, finanziell und zeitlich im zuvor abgestimmten Rahmen.

Im Jahr 2010 wurden im Mittelspannungsnetz unter anderem die Netzanschlüsse für die Netzkunden Reemtsma, E.ON Hauptverwaltung und Henkel in Abstimmung mit den jeweiligen Unternehmen fristgerecht erstellt. Die Maßnahmen für die Netzkunden HDI Direktversicherung AG, Johnson Controls und die Erneuerung des Speisepunktes K4 im ehemaligen AOK-Gebäude befinden sich in Abstimmung mit den Firmen noch in der Fertigstellung.

Gasnetz. Der Rückbau der Graugussrohre mit der Nennweite DN 200 im Gasnetz soll in Abstimmung mit der niedersächsischen Energieaufsicht bis Ende 2011 erfolgen (Restlänge sechs Kilometer). Die Stilllegung aller unbehandelten Graugussleitungen ist bis Ende 2014 umzusetzen. Die Schadensentwicklung verbleibt weiterhin auf niedrigem Niveau mit rund 60 Eigenschäden. Die Kugelgasbehälter am Standort Bauweg wurden demontiert. Die Anzahl der Neuanschlüsse verbleibt mit rund 300 Stück auf niedrigem Niveau. Aufgrund der sich weiter verschärfenden Rahmenbedingungen (Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare Energien-WärmeG) – EEWärmeG), kurz: WärmeG 2009; Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung – EnEV) wird ein weiterer Rückgang der Neuanschlüsse erwartet.

Wassernetz. Im Wassernetz wurde im Jahr 2010 weiter an der Erneuerung besonders schadensanfälliger, nicht ausgekleideter Graugussleitungen gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden auch alte und ebenfalls schadensanfällige Blei-, Grauguss- und Stahlhausanschlussleitungen sowie Hausanschlüsse mit verzinkten Teilen ertüchtigt. Weiter wurde mit dem Neubau weiterer zusätzlicher Rohrmesspunkte auf den Zubringerleitungen zur verbesserten Rohrnetzüberwachung begonnen.

Darüber hinaus wurde zur Vermeidung von hygienischen Problemen und zur Verbesserung der Druckfestigkeit weiter an der Sanierung der übergeordneten Netzinfrastruktur gearbeitet. Dabei liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf den nördlichen Zubringerleitungen (Berkhof 2, Fuhrberg 2) sowie auf den dauerhaft zu erhaltenden Hochbehältern (Lindener Berg, Heisterberg, Bemerode). Für das Jahr 2011 ist die Fortführung dieser Programme geplant.

Fernwärmenetz. Das Fernwärmenetz ist das jüngste Netz der Stadtwerke Hannover AG, weshalb derzeit noch kein größerer Erneuerungsbedarf besteht. Für die Zukunft ist allerdings von einem moderaten aber kontinuierlich steigenden Erneuerungsbedarf auszugehen.

Der wesentliche Investitionsschwerpunkt liegt im Ausbau und in der Verdichtung des Netzes. Im Jahr 2010 wurden bspw. die HDI Standorte Riethorst 2 und 19 angeschlossen und darüber hinaus wird das Projekt Scharnhorstkaserne mit einer Anschlussleistung von 4,6 MW beendet.

Des Weiteren wurden im Jahr 2010 diverse Fernwärmeleitungen umgelegt, zum Beispiel im Bereich der Benno-Ohnesorg-Brücke oder in der Planckstraße. Auch für das nächste Jahr sind Neuanschlüsse und Leitungsbau mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 6 Millionen Euro geplant.

9 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

9.1 Zum Rechnungslegungsprozess

Struktur des Rechnungswesens. Das Rechnungswesen der Stadtwerke Hannover AG wird von zentraler Stelle aus koordiniert und verantwortet. Diverse Zuarbeiten und Zulieferungen erfolgen aus anderen Fachbereichen des Unternehmens, die auf Grundlage von Regelungen in einem Organisationshandbuch und Verfahrensbeschreibungen Daten und Informationen an die zentrale Rechnungslegung liefern. Die Jahresabschlussarbeiten erfolgen nach einem vom Vorstand verabschiedeten und im gesamten Unternehmen kommunizierten Abschlusskalender. Der gesamte Prozess der Rechnungslegung wird unterjährig in Stichproben und zum Jahresabschluss überwacht und geprüft.

Internes Kontrollsystem. Die prozessunabhängige Tätigkeit der Revisionsabteilung basiert auf einem umfassenden Prüfungsprogramm. Das im internen Revisionssystem hinterlegte Mehrjahresprogramm beinhaltet eine Vielzahl von rechnungslegungsbezogenen Prüfbereichen. Die jährliche Prüfungsplanung erfolgt risiko- und prozessorientiert und wird vom Vorstand genehmigt. Zur Bestimmung der Betrachtungsrelevanz von Prüffeldern berücksichtigt die angewandte Methodik der Prüfungsplanung das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) und Risikomanagement als gewichtete Prüfkriterien. Die Prüfungsplanung und -tätigkeit der Revisionsabteilung erstreckt sich unter Beachtung des Umfangs und des Risikogehalts der Geschäftstätigkeit auf alle Fachbereiche und Prozesse sowie wesentliche Beteiligungen.

Die Revisionsabteilung hat dabei insbesondere die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems, die Einhaltung geltender gesetzlicher und betrieblicher Richtlinien, die Ordnungsmäßigkeit aller Betriebsabläufe sowie Vorkehrungen zum Schutz der Vermögensgegenstände zu prüfen und zu beurteilen.

Der Prüfungsablauf umfasst im Wesentlichen die Planung und Vorbereitung des Prüfauftrags, die Prüfungsdurchführung, die Beurteilung der Feststellungen, die Erarbeitung von Empfehlungen sowie die Berichterstattung und die Schlussbesprechung. Das Überwachen der Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen aus Prüfungen durch die Fachbereiche schließt den Prüfprozess ab.

Durch Personalentwicklungsmaßnahmen zu revisionsspezifischem Wissen und über die zu prüfenden Bereiche wird sichergestellt, dass die Mitarbeitenden der Revisionsabteilung über eine entsprechende Qualifikation zur ordnungsgemäßen Durchführung der Revisionstätigkeit verfügen. Im Geschäftsjahr wurden unter anderem die Abwicklung von Energiehandelsgeschäften, rechnungslegungsbezogene Zugriffsberechtigungen, die Abwicklung von Geschäftsvorgängen zu Ausbuchungen und Ratenverträgen sowie die Abwicklung von nach Risikoaspekten ausgewählten Stromlieferungsverträgen geprüft. Die prozessunabhängige Prüfung des Risikomanagementsystems erfolgt jährlich.

Risikomanagementsystem. Die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses ist im Risikomanagementsystem des Unternehmens integriert. Der Fokus liegt in der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften zum Rechnungslegungsprozess, zum Beispiel des Handelsgesetzbuches nach den Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz sowie des Aktiengesetzes, und branchenspezifischer Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes sowie des Haushaltssatzgesetzes. Des Weiteren finden ergänzende Vorschriften und Satzungen sowie die Verlautbarung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. Beachtung.

Folgende Rechnungslegungsprozesse werden im Risikomanagement betrachtet: Finanz- und Hauptbuchhaltung, Kontokorrentbuchhaltung, Rechnungsprüfung, Anlagenbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Steuern und Finanzierung. Dabei werden die Risiken durch die verantwortliche Hauptabteilung Finanz- und Rechnungswesen identifiziert, überwacht und mit kompensierenden Maßnahmen gegengesteuert.

Im Zuge des Forderungsmanagements wird das Risikomanagement in der Weise durchgeführt, dass die Werthaltigkeit von Forderungen regelmäßig überprüft wird. Die Bonität von Schuldnern wird, soweit angezeigt, von der erstmaligen Belieferung mit Hilfe von Kreditagenturen und danach in periodischen Abständen überprüft. Anlassbezogene Prüfungen finden statt, sobald sich Hinweise auf eine Änderung der Bonität ergeben. Soweit erforderlich, werden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

9.2 Zu weiteren Prozessen

Internes Kontrollsystem für weitere Prozesse. Das durch den Vorstand genehmigte jährliche Prüfungsprogramm der Revisionsabteilung erstreckt sich neben den bereits im Zusammenhang mit dem Rechnungslegungsprozess skizzierten Prüffeldern auf alle Fachbereiche und Prozesse sowie alle wesentlichen Beteiligungen. Die Revisionsabteilung prüft und beurteilt dabei insbesondere die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems in allen relevanten Bereichen.

Der Prüfungsablauf ist identisch mit dem im vorherigen Absatz beschriebenen Vorgehen. Die Überwachung der Umsetzung von vereinbarten Maßnahmen aus Prüfungen durch die Fachbereiche schließt den Prüfprozess ab.

Risikomanagementsystem für weitere Risiken. Ergänzend zu den bereits erläuterten Maßnahmen des Risikomanagements bezogen auf den Rechnungslegungsprozess werden auch andere potenzielle Risiken wie DV-, Wettbewerbs-, Beschaffungsrisiken und Risiken aus dem Energiehandel systematisch einer Überprüfung und Bearbeitung unterzogen. In diesem Rahmen führt die Stadtwerke Hannover AG eine kontinuierliche Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken durch. So werden möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und die damit verbundenen Auswirkungen erlangt. Gleichzeitig sollen die bestehenden Chancen mit dem einhergehenden Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen aus dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden von den Fachbereichen alle relevanten Risikopotenziale regelmäßig identifiziert, analysiert und bewertet. Zusätzlich werden die Regelungen und Verfahren, die zur Steuerung der Risiken eingesetzt werden, je Risiko erfasst. Neben der Festlegung von eindeutigen Verantwortlichkeiten ist für wesentliche Risiken entsprechend dem Risikoportfolio (Clusterung nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit) beziehungsweise für Risiken von besonderer Bedeutung ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellenwerten und Überwachungsträgern definiert. Durch das Frühwarnsystem wird sichergestellt, dass mögliche negative Entwicklungen bei der Stadtwerke Hannover AG frühzeitig erkannt und gegebenenfalls erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einem Risikomanagementleitfaden eindeutig geregelt und festgelegt. Die prozessunabhängige Überprüfung des Risikomanagementsystems erfolgt durch die Revisionsabteilung sowie im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch die Wirtschaftsprüfer.

10 Bericht über wesentliche Chancen und Risiken

Übersicht zum Risikomanagementsystem. Das Risikomanagement der Stadtwerke Hannover AG ist als kontinuierlicher und etablierter Prozess in die Unternehmenssteuerung integriert. Chancen und Risiken werden bei der strategischen Planung über einen mittel- bis langfristigen Zeitraum frühzeitig identifiziert und klassifiziert. Im Abgleich mit der Unternehmenssituation werden daraus die Unternehmensstrategie und Strategien der Fachbereiche abgeleitet. Das zentrale Risikomanagement ist organisatorisch der Hauptabteilung Strategische Planung und Unternehmenssteuerung zugeordnet. Für den Energiehandel existiert ein eigenes Risikokomitee.

Im Risikomanagementprozess ist eine kontinuierliche Erfassung, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken verankert. Die kurz- bis mittelfristigen Risiken werden entsprechend der unternehmensweit gültigen Risikomanagement-Richtlinie von den Fachbereichen quantifiziert. Dabei steht die Schadenshöhe, unterteilt in Brutto- und Nettorisiko und Eintrittswahrscheinlichkeit, im besonderen Fokus. So können frühzeitig Informationen über Risiken und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen auf Unternehmensebene bewertet werden. Nettorisiken entstehen nach Abzug von kompensierenden Maßnahmen. Für Risiken von besonderer Bedeutung ist darüber hinaus ein Frühwarnsystem mit Indikatoren, Schwellenwerten und Überwachungsträgern definiert.

Zusammen mit Chancen münden die Ergebnisse unter anderem in die Zielvereinbarungen der Fachbereiche. Über ein Programmmanagement wird die Umsetzung der Schlüsselerfolgsthemen durch die oberste Führungsebene sichergestellt. Dieses System hat sich in einem volatilen Umfeld, wie es in der Energieversorgung vorliegt, bewährt.

Durch ein Frühwarnsystem wird sichergestellt, dass negative Entwicklungen frühzeitig erkannt und gegebenenfalls erforderliche Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Über unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation wird der Vorstand der Stadtwerke Hannover AG unverzüglich in Kenntnis gesetzt. Die Revision begutachtet in regelmäßigen Abständen die Qualität und Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems.

Die nachfolgenden Chancen und Risiken sind auf Basis der zukünftigen Umfeldbedingungen in der Energiewirtschaft und für die Stadtwerke Hannover AG abgeleitet. Deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stehen im Vordergrund und sind an die Kategorisierung des Risikomanagements angelehnt.

Umfeldbedingung sowie Absatz-/Vertriebsrisiken und Marktchancen. Durch zunehmende Wettbewerbsintensität ergeben sich potenzielle Absatzrisiken im Strom-, Gas- und Wärmegeschäft. Zahl-

reiche Wettbewerber gibt es bereits heute im hannoverschen Markt. Dennoch wird mit attraktiven Produkten und marktgerechten Preisen die Marktposition überdurchschnittlich gut behauptet. Eine genauere zielgruppenorientierte Ansprache der Kunden soll auch in Zukunft die Kunden an das Unternehmen binden.

Dazu kommen klimabedingte Absatzrückgänge im Wärmebereich. Das Energiekonzept der Bundesregierung zeigt hierzu auch relevante Entwicklungen auf. Begegnet wird diesen Herausforderungen mit einer kompensatorischen Umsetzung der Wachstumsstrategie außerhalb des Netzgebietes sowie der Verfolgung von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in den bestehenden Unternehmensprozessen.

Preisrisiken bestehen zukünftig durch kartellrechtliche Prüfungen und Feststellungen. Die Stadtwerke Hannover AG verfolgt weiterhin ausreichende Nachweisführungen und angemessene Preise, um diesem entgegenzuwirken.

Bei den Strom- und Gasprodukten liegt der Schwerpunkt bei der Entwicklung von neuen, innovativen Angeboten, um der intensiven Wettbewerbslage zu begegnen. Zur Unterstützung dieser Strategie erfolgen der Ausbau von Speicherkapazitäten und eine Intensivierung der Gashandelsgeschäfte. Hierzu wurde am Gasspeicherstandort Empelde die Bohrung einer fünften Gaskaverne erfolgreich abgeschlossen. Mit diesem Projekt kann die hohe Versorgungssicherheit für Hannover angesichts der zunehmenden Unsicherheiten beim Erdgasimport auch weiter gewährleistet und eine gute Ausgangsbasis für die Teilnahme am Gashandel geschaffen werden.

Es ist weiterhin beabsichtigt, mit dem Geschäftsfeld „Erzeugung“ das Unternehmensergebnis zu stärken. Dabei steht die konventionelle Stromerzeugung mit Ausbau der erneuerbaren Energien im Vordergrund. Dieses geschieht im Rahmen einer Haltestrategie für langfristige Erzeugungskapazitäten und aus einer strukturierten Vermarktung des Erzeugungsportfolios durch den Energiehandel. Im Stammgebiet Hannover besteht die Möglichkeit, die Fernwärmeverdichtung auch unter ökologischer Sicht voranzutreiben. Für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien gelten ebenso die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Verzinsung.

Bei Ablauf der vorhandenen Konzessionsverträge droht die Nichtverlängerung als grundlegendes Risiko. Als Folge daraus müsste das Verteilnetz des vakanten Konzessionsgebietes dem neuen Energieversorgungsunternehmen gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung überlassen werden. Auf der anderen Seite besteht die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen teilzunehmen und somit neue Konzessionen oder auslaufende Konzessionsverträge, wie beispielsweise das Versorgungsgebiet Langenhagen, zu halten. Die Verhandlungsposition bei Konzessionsvergaben soll durch ein konsequentes Kostenmanagement gestärkt werden, um attraktive Konditionen bieten zu können.

Das Geschäftsfeld Contracting wurde im Sommer 2009 von der eCG übernommen, womit die Marktposition auch außerhalb des Netzgebietes weiter ausgebaut werden kann. Die Contracting-Tochter Danpower trägt mit innovativen Projekten wie der Errichtung des Ersatzbrennstoffheizkraftwerks in Bitterfeld ebenfalls wesentlich zum Wachstum im Contracting bei.

Mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga wurde in ein langfristig orientiertes substanzielles Wachstumsprojekt investiert. Neben der jährlichen Gewinnausschüttung für das Unternehmen verfügt die Stadtwerke Hannover AG nun über die Option, mit anderen Energieversorgern in der Thüga-Gruppe in wichtigen Geschäftsfeldern wie Gasbeschaffung, Handel oder überregionaler Vertrieb zu kooperieren und wichtige Synergien zu heben. Dies stärkt unsere Marktposition als wettbewerbsfähiges kommunales Unternehmen.

Beschaffungs-/Handels-/Produktionsrisiken und Chancen. Das Ergebnis der Stromerzeugung wird im Wesentlichen durch die Entwicklung der Brennstoffkosten und Strompreise beeinflusst. Dauerhaft steigende Brennstoffpreise können zu Ergebniseinbußen führen, soweit keine Kompensation über steigende Strompreise möglich ist. Für den Teil des Kohlebedarfs wird das Preisrisiko durch Einkaufsstrategien sowie durch eine Absicherung des Währungsrisikos gesteuert. Für das Kraftwerksgas besteht ein Gasbezugsvertrag mit einer marktgerechten Preisgleitklausel.

Das Geschäftsfeld „Gas-Beschaffungsoptimierung“ wird durch den Energiehandel betrieben. Es bestehen dabei Optimierungspotenziale bei der langfristigen Gasbeschaffung mit Bezugs- und Vermarktungsmöglichkeiten am Großhandelsmarkt und dem kombinierten Einsatz des Kavernenspeichers im Vordergrund.

Als Betreiber von Kraftwerken stehen die Auswirkungen durch das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz im besonderen Fokus. Risiken ergeben sich aus den Änderungen der CO₂-Zuteilungsregeln in Verbindung mit steigenden Preisen für Emissionszertifikate und aus begrenzten Möglichkeiten zur Weitergabe dieser höheren Kosten an den Markt. Um dem entgegenzuwirken, ist das Management von steigenden CO₂-Kosten und Preisrisiken in die Prozesse zur Kraftwerkssteuerung integriert. Fremdgutachten werden dabei laufend in die Prognosen einbezogen.

Der Energiehandel verfolgt primär das Ziel, Ergebnisrisiken aus Preisschwankungen auf Energiemärkten einzuzugrenzen sowie die Beschaffungspreise zu optimieren. Aus den Handelstätigkeiten können sowohl Risiken durch Marktpreisschwankungen als auch Kreditrisiken resultieren. Das Energiehandelscontrolling ist eng an die für Handelsgeschäfte von Banken geltenden Best-Practice-Regelungen angelehnt. Dazu gehört auch, dass Transaktionen mit Dritten nur abgeschlossen werden, wenn sich das Kreditrisiko innerhalb genehmigter Limite bewegt. Die Risiko-Obergrenzen im Energiehandel werden ständig überwacht. Der Ergebnisbeitrag des Energiehandels könnte durch die Veränderung der Finanzmarktrichtlinie und eine damit einhergehende Ausweitung der Eigenkapitalunterlegungsvorschriften negativ flankiert werden.

Es bestehen Betriebsrisiken in den Anlagen zur Erzeugung, Förderung, Speicherung und Verteilung. Ungeplante Störungen können den Betrieb beeinträchtigen und die Ertragslage belasten. Begegnet wird diesen Risiken mit langfristig angelegten Instandhaltungskonzepten und dem Einsatz von qualifiziertem Personal. Zusätzlich werden die Betriebsrisiken unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mittels Versicherungen begrenzt.

Finanzwirtschaftliche Risiken und Chancen. Zur Zinssteuerung und Zinsoptimierung finden Zinsswapgeschäfte und Zinsswapoptionengeschäfte ihre Anwendung. Zur Absicherung von Währungsrisiken werden Devisentermingeschäfte getätigt. Im Energiehandel finden zur Absicherung von Preisrisiken Finanzderivate ihren Einsatz. Die getätigten Geschäfte unterliegen einer kontinuierlichen Überwachung. Des Weiteren können sich für die Stadtwerke Hannover AG Risiken aus der Nichteinhaltung der Financial Covenants in den Kreditverbindlichkeiten ergeben.

Regulatorische Risiken. Die seit dem Jahr 2009 geltende Anreizregulierung ist mit Ergebnisrisiken verbunden. Die BNetzA hat für das Jahr 2009 die Festlegung der Erlösobergrenzen für die Netzentgelte der eNG beschlossen. Mit der Festlegung für die erste Anreizregulierungsperiode für Gas bis 2012 und Strom bis 2013 sind weitere Regulierungsrisiken durch wirtschaftliche Eingriffe der BNetzA in diesem Zeitraum nur eingeschränkt zu erwarten. Darüber hinaus wurden im Jahr 2009 Entscheidungen der BNetzA zu dem offenen Punkt der Berücksichtigung der Mehrerlöse der Netzbetreiber aus den Jahren 2005 und 2006 getroffen, die bei den zukünftigen Netzerlösen erlösmindernd zu berücksichtigen sind. Hierfür sind bestehende Rückstellungen der Stadtwerke Hannover AG als damaligem Netzbetreiber auf die eNG überführt worden. Weitere Regulierungsrisiken werden in der Kostenprüfung der BNetzA zur Regulierungsperiode ab 2013 und 2014 gesehen. Eine wesentliche Frage wird in diesem Zusammenhang sein, ob die entstandenen Netzkosten im Rahmen der Prüfung auf Grundlage der Jahresabschlüsse für die Jahre 2010 und 2011 aus Sicht der BNetzA ausreichend nachweisfähig dargelegt werden können. Die Auswirkungen der Regulierung auf unsere Ertragslage sollen durch Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzverbesserung begrenzt werden.

Organisations-/Personal-/IT-Risiken und operative Chancen. Die Geschäftsprozesse werden durch effiziente Informationsverarbeitungssysteme unterstützt. Dennoch können Risiken bei der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur und der Datensicherheit eintreten. Begegnet wird dem durch regelmäßige Investitionen in Hard- und Software, hohe Sicherheitsstandards, Sensibilisierung der Nutzer und eingeschränkte Zugangs- und Zugriffsberechtigungen. Die IT basiert weitgehend auf marktüblichen Standards. Risiken bei der Entwicklung von IT-Lösungen, die der Unterstützung der Geschäftsabläufe dienen, werden mit einem verbindlichen Prozess für die Planung und das Management von IT-Projekten gesteuert.

Der Wettbewerb um qualifiziertes Personal ist intensiv. Um hier die Position zu sichern und zu stärken, wird bei der Mitarbeiterakquise die Attraktivität des Unternehmens hervorgehoben. Neben leistungsorientierter Vergütung und fortschrittlichen Sozialleistungen wird dabei insbesondere auf die breit gefächerten Perspektiven sowie auf attraktive Fort- und Weiterbildungsangebote gesetzt.

Keine bestandsgefährdenden Risiken. Insgesamt haben sich die Struktur der Risiken und die Risikolage der Stadtwerke Hannover AG im operativen Geschäft gegenüber dem Vorjahr beherrschbar verändert. Sie sind weiterhin stark von der Energiepolitik und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

abhängig. Aus heutiger Sicht sind für die Zukunft jedoch keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand der Stadtwerke Hannover AG gefährden könnten.

11 Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres vor, die eine wesentliche Auswirkung auf den Geschäftsverlauf der Stadtwerke Hannover AG hatten.

12 Prognosebericht

12.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Gebremstes Wachstum. Nach Prognosen der Weltbank rechnet diese nach einer kräftigen Erholungsphase im Jahr 2010 für die kommenden Jahre mit einem gebremsten Wachstum. Für das Jahr 2011 geht die Weltbank davon aus, dass sich der Konjunkturauftrieb aufgrund der vielerorts ausgelaufenen Konjunkturprogramme abschwächen wird. Schätzungen zufolge wird das weltweite Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 voraussichtlich um 3,3 Prozent und im Jahr 2012 um weitere 3,6 Prozent steigen. Motor des weltweiten Wachstums bleiben die Schwellen- und Entwicklungsländer. Für die Eurozone prognostiziert der Internationale Währungsfonds ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent und für das Jahr 2012 von 1,7 Prozent. Für Deutschland rechnet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent.

12.2 Entwicklung der Stadtwerke Hannover AG

Allgemein wird sich die Stadtwerke Hannover AG weiterhin an dem Ziel orientieren, auf Basis einer starken lokalen Position zu den Marktteilnehmern im vorderen Drittel der relevanten Wettbewerber zu gehören. Die Geschäftspolitik ist dabei auf langfristige Kundenbindungen auf der Grundlage attraktiver Preis-Leistungs-Verhältnisse ausgelegt.

Stärkung der Position im Strommarkt. Im Strombereich ist es Ziel der Stadtwerke Hannover AG, die Marktstellung nachhaltig zu festigen und weiter auszubauen. Absatzseitig wurden dafür erneut Lieferverträge mit bundesweit tätigen Kunden abgeschlossen oder verlängert. Für den Stromabsatz ist aber insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung ein maßgeblicher Parameter. So ist unter anderem entscheidend, ob die deutsche Industrie ihre Produktion aufgrund steigender Auftragseingänge weiter ausweiten kann. Die durch den Erwerb der KWM-Anteile in den Beteiligungskraftwerken erzeugten gestiegenen Energiemengen sollen auch in den nächsten Jahren unter Beachtung der Wettbewerbs- und Marktsituation sowohl über den eigenen Vertrieb als auch durch den stadtwerkeeigenen Energiehandelsbereich (enercity trade) gewinnbringend vermarktet werden. Der Anteil der eigenerzeugten Energiemengen wird künftig durch den Ausbau der GuD-Anlage noch weiter steigen.

Kürzung der Netzentgelte. Durch die Einführung des Effizienzvergleichs und der damit verbundenen Anreizregulierung in den Netzbereichen Strom und Gas sind in den kommenden Jahren weitere Kürzungen der Netzentgelte zu erwarten. Dies wird sich über die eNG auch entsprechend auf das Ergebnis der Stadtwerke Hannover AG auswirken.

Ausweitung der überregionalen Gasaktivitäten. Im Gasbereich haben sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder intensive Wettbewerbseinflüsse bemerkbar gemacht. Es ist daher und auch aufgrund eines zunehmend effizienteren Energieeinsatzes damit zu rechnen, dass der Gasabsatz im Konzessionsgebiet der Stadtwerke Hannover AG in den nächsten Jahren leicht zurückgehen wird. Um den möglichen Rückgang innerhalb des Versorgungsgebietes zu kompensieren, soll der überregionale Gasvertrieb im Geschäftskundensegment intensiviert werden.

Ausbau des Fernwärmeabsatzes. Als Konsequenz aus den Verpflichtungen der „Klima-Allianz“ und der wirtschaftlichen Attraktivität soll der Ausbau der energiesparenden und klimafreundlichen Fernwärme mit Kraft-Wärme-Kopplung mittelfristig stärker forciert werden. Im Fernwärmemarkt werden die Bemühungen zu einer Verdichtung des Netzes aktiv fortgesetzt und die konsequente Entflechtung von Gas- und Fernwärmenetz zur Kostenoptimierung wird vorangetrieben. Die eingeschlagene Entwicklung mit moderat steigenden Absatzmengen und steigender Anschlussleistung soll beibehalten werden.

Weiterer Rückgang des Wasserabsatzes. Im Wasserbereich wird sich der Rückgang der Wasserabsatzmengen voraussichtlich weiter fortsetzen. Die Stadtwerke Hannover AG wird sich hier weiterhin im Spannungsfeld zwischen planmäßigem Sanierungsbedarf in der Wasserversorgung und verminderten Erlösen befinden.

Ausweitung der Contractingaktivitäten. Die bereits eingeschlagene Linie im Bereich Contracting wird die Stadtwerke Hannover AG auch in den nächsten Jahren weiterverfolgen und ausbauen. Der Fokus ist hierbei auf die Erstellung und den Betrieb von kleinen bis mittleren Blockheizkraftwerken sowie die Erzeugung von Energie aus Biomasse gerichtet. Die Weiterentwicklung und Ausdehnung dieses Geschäftsfeldes erfolgt hierbei insbesondere über die Teilkonzerne Danpower und eCG.

Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios. Die Wichtigkeit der Steuerung des Beteiligungsportfolios nimmt in den kommenden Geschäftsjahren gerade aufgrund der erheblichen Wachstumsinvestitionen der Vorjahre und des damit verbundenen substanziellen Zuwachses an Bedeutung zu.

Steigende Beschaffungskosten. Die Rohstoffnachfrage auf den Weltenergiemärkten hatte im Geschäftsjahr konjunkturbedingt zugenommen. Folge waren über den Vorjahresdurchschnittsniveaus liegende Preise. Prognosen über unsere künftigen Beschaffungskosten sind nur eingeschränkt möglich, da der Einsatz von Brennstoffen auch stark von der Auslastung der Kraftwerke abhängt.

Ergebnisse stabilisieren. Allgemein wird damit gerechnet, dass der verschärfte Wettbewerb innerhalb und außerhalb unseres Netzgebietes bei Strom und Gas sowie die zunehmend verschärften Bedingungen bei der Regulierung und dem Klimaschutz Auswirkungen auf unsere künftigen Unternehmensergebnisse haben werden. Entsprechend den Planungen gemäß Wirtschaftsplan 2011 und dem Unternehmenskonzept K2020 wird in den nächsten beiden Jahren mit stabilisierten Jahresergebnissen auf Basis eines Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 122,3 Millionen Euro für das Jahr 2011 sowie in Höhe von 119,0 Millionen Euro für das Jahr 2012 gerechnet. Hierbei sollen die Wachstumsprojekte Ergebnisbelastungen kompensieren. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Unsicherheit in Bezug auf Aussagen für die künftige Entwicklung weiterhin erschweren.

Bilanz der Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2010

AKTIVA

	EUR	EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			8.261.864,00	7.489
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		40.131.871,87		42.439
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen		10.976.926,00		11.411
3. Verteilungsanlagen		272.488.093,13		265.308
4. Technische Anlagen und Maschinen		40.360.731,00		39.380
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		9.812.985,00		8.776
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		<u>32.374.637,32</u>		<u>79.792</u>
			406.145.244,32	447.106
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		239.735.269,40		64.367
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		80.600.000,00		1.300
3. Beteiligungen		510.677.936,93		521.970
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		16.038.599,00		10.768
5. Wertpapiere des Anlagevermögens		94.365.637,74		0
6. Sonstige Ausleihungen		<u>3.052.008,59</u>		<u>3.670</u>
			944.469.451,66	602.075
			<u>1.358.876.559,98</u>	<u>1.056.670</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		28.226.595,83		20.850
2. Unfertige Leistungen		1.323.390,50		2.402
3. Waren		<u>7.743.408,06</u>		<u>9.864</u>
			37.293.394,39	33.116
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	499.340.996,16			457.698
abzüglich erhaltene Anzahlungen	<u>-204.279.027,37</u>	295.061.968,79		-176.754
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		31.542.040,86		19.587
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		15.745.810,27		27.471
4. Sonstige Vermögensgegenstände		<u>56.429.192,87</u>		<u>282.613</u>
			398.779.012,79	610.615
III. Wertpapiere				
1. Eigene Genussscheine		3.587.292,58		3.587
2. Sonstige Wertpapiere		<u>773.725,96</u>		<u>4.156</u>
			4.361.018,54	7.743
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
			<u>56.628.516,74</u>	<u>31.062</u>
			497.061.942,46	682.536
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
			<u>589.879,76</u>	<u>451</u>
			<u>1.856.528.382,20</u>	<u>1.739.657</u>

		PASSIVA	
	EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	86.000.000,00		86.000
II. Kapitalrücklage	78.534.977,83		78.535
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	229.578.720,58		203.579
IV. Genussscheinkapital	<u>5.112.918,81</u>	399.226.617,22	<u>5.113 373.227</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			
		11.998.396,00	13.075
C. Erhaltene Baukostenzuschüsse			
		85.430.003,00	86.242
D. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	48.046.108,00		49.737
2. Steuerrückstellungen	7.247.804,27		1.240
3. Sonstige Rückstellungen	<u>210.215.667,75</u>		<u>229.095</u>
		265.509.580,02	280.072
E. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	759.358.926,74		624.518
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	186.467.609,31		208.687
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	93.831.422,81		98.985
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.991.448,78		12.716
5. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>41.288.655,99</u>		<u>41.613</u>
davon aus Steuern: EUR 9.563.898,50 (Vorjahr: TEUR 11.894)		1.092.938.063,63	986.519
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 5.148,25 (Vorjahr: TEUR 5)			
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		<u>1.425.722,33</u>	<u>522</u>
		<u><u>1.856.528.382,20</u></u>	<u><u>1.739.657</u></u>

Stadtwerke Hannover AG

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2010

	2010	2009
	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	2.580.394.318,68	2.920.229
2. Energiesteuer	-98.004.505,90	-105.135
	<u>2.482.389.812,78</u>	<u>2.815.094</u>
3. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-1.078.518,73	818
4. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.430.096,30	6.130
5. Sonstige betriebliche Erträge	283.931.698,45	363.189
	<u>2.770.673.088,80</u>	<u>3.185.231</u>
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.825.092.177,65	2.192.502
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	251.007.448,04	251.222
	<u>2.076.099.625,69</u>	<u>2.443.724</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	155.390.024,05	155.831
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	39.096.972,45	38.675
	<u>194.486.996,50</u>	<u>194.506</u>
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	46.890.535,84	47.359
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Konzessionsabgabe	45.701.130,00	44.752
b) Andere	259.244.516,88	261.380
	<u>304.945.646,88</u>	<u>306.132</u>
	<u>2.622.422.804,91</u>	<u>2.991.721</u>
	148.250.283,89	193.510
10. Erträge aus Beteiligungen		
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 2.754.036,03 (TEUR 1.997)	47.083.385,82	4.028
11. Auf Grund von Gewinnabführungsverträgen erhaltene Gewinne	11.525.278,14	5.846
Dividenden an außenstehende Gesellschafter EUR -198.790,28 (TEUR -282)		
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.999.588,72	4.315
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 639.461,66 (TEUR 1)		
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.136.581,80	8.944
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 658.056,49 (TEUR 1.128)		
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	14.936.984,00	0
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	17.682.623,08	18.811
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.089.318,93	20.279
davon an verbundene Unternehmen: EUR 121.607,99 (TEUR 141)		
	<u>-1.964.091,53</u>	<u>-15.957</u>
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	146.286.192,36	177.553
18. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	6.261
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.163.030,15	4.162
20. Sonstige Steuern	1.592.068,52	1.487
21. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführter Gewinn	110.548.129,94	112.104
22. Jahresüberschuss vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital	<u>29.982.963,75</u>	<u>53.539</u>
23. Ausschüttung auf Genussscheinkapital	3.982.963,75	4.039
24. Jahresüberschuss	26.000.000,00	49.500
25. Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-26.000.000,00	-49.500
26. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>0</u>

Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover

Anhang für das Geschäftsjahr 2010

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der handelsrechtlichen Ansatz-, Bewertungs- und Gliederungsvorschriften erstellt. Ergänzend dazu waren die Bestimmungen des Aktiengesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes und des Wertpapierhandelsgesetzes zu beachten.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

In der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung wurden gemäß § 265 Abs. 5 HGB branchenspezifische Hinzufügungen vorgenommen. Des Weiteren wurden aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit weitere Posten hinzugefügt, für die das Gesetz keinen gesonderten Ausweis vorsieht. Für empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse erfolgt ein passivischer Ausweis mit entsprechender Bezeichnung.

Soweit Vermerke wahlweise bei den Posten der Bilanz beziehungsweise der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang zu machen sind, werden diese im Anhang aufgeführt.

In die Bilanz und in die Gewinn- und Verlustrechnung sind die Daten aus der Verschmelzung zum Bilanzstichtag 1. Januar 2010 der Gesellschaft für die Beteiligung an dem Kraftwerk Mehrum mbH, Hannover, auf die Stadtwerke Hannover AG eingeflossen. Im Wesentlichen handelt es sich um die Übernahme der Gesellschaftsanteile an der Kraftwerk Mehrum GmbH mit einer Beteiligungsquote von 50 Prozent sowie um die Übernahme von Steuerrückstellungen für den Veranlagungszeitraum 2009.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB, bewertet. In die Herstellungskosten für eigene Leistungen werden gemäß § 255 Abs. 2 S. 2 HGB neben den Einzelkosten auch im angemessenen Umfang die entsprechenden Gemeinkosten einbezogen. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Herstellungskosten aktiviert.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauern zu Grunde, wobei die Anlagenzugänge bis zum 31. Dezember 2007, soweit steuerlich zulässig, überwiegend degressiv abgeschrieben werden. Der Übergang auf die lineare Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Anlagenzugänge ab dem 1. Januar 2008 werden linear und im Zugangsjahr zeitanteilig abgeschrieben. Bewegliche Vermögensgegenstände werden ab 2009 entsprechend ihres Entwertungsverlaufes degressiv abgeschrieben. Hieraus ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage.

Für die Vermögensgegenstände werden nachfolgende Entwertungsverläufe p.a. unterstellt:

Anlagenklasse	Entwertungsverlauf p.a.
Technische Anlagen und Maschinen	10 bis 25 %
Verteilungsanlagen	6,25 bis 12,50 %
Erzeugungsanlagen	10 bis 25 %
Betriebs- und Geschäftsausstattung	25 %

Zugänge der Verteilungsanlagen werden nach der Sammelpostenmethode bewertet.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden im Zugangsjahr in voller Höhe als Aufwand erfasst; geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 1.000 Euro werden nach der Sammelpostenmethode bewertet und über fünf Jahre linear abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 Euro und 410 Euro werden ab dem Zugangsjahr 2010 in voller Höhe abgeschrieben.

Bei den **Finanzanlagen** werden Beteiligungen und Wertpapiere zu Anschaffungskosten ausgewiesen, soweit nicht ein niedrigerer beizulegender Wert am Abschlussstichtag anzusetzen ist. Verzinsliche Ausleihungen sind zum Nominalwert bilanziert. In den sonstigen Ausleihungen enthaltene niedrig verzinsliche Darlehen an Betriebsangehörige werden zum Nennbetrag (Rückzahlungsbetrag) ausgewiesen. Die übrigen niedrig verzinslichen Darlehen werden mit dem Barwert ausgewiesen.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sowie die **Waren** werden zu durchschnittlichen Einstandspreisen (Bewertung zum gewogenen Durchschnitt) oder zum niedrigeren Tageswert angesetzt. Die Umschlagshäufigkeit der Vorräte wird durch pauschale Abschläge auf die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten berücksichtigt. Gewährte Zuschüsse sind berücksichtigt. Die Bewertung der unfertigen Leistungen entspricht der Ermittlung der Herstellungskosten der selbsterstellten Anlagen. Unentgeltlich zugeteilte Emissionsrechte werden zum Erinnerungswert angesetzt; entgeltlich erworbene Emissionsrechte werden mit den Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Börsenwert am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden unter Berücksichtigung erkennbarer Einzelrisiken und allgemeiner Wagnisse bewertet. Die Bewertung der eigenen Genussscheine und sonstigen Wertpapiere erfolgt zu den Anschaffungskosten. Forderungen in fremder Währung werden zum Transaktionskurs Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Zur Vereinfachung der Darstellung wurden wie im Vorjahr aufrechnungsfähige Forderungen und Verbindlichkeiten saldiert.

Als aktive **Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen. Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Empfangene Zuschüsse zur Anschaffung von Anlagegütern werden in einen Sonderposten für Investitionszuschüsse eingestellt und zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Die bis zum 31. Dezember 2002 **empfangenen Baukostenzuschüsse** werden mit 5 Prozent jährlich ertragswirksam aufgelöst, die Neuzugänge ab dem 1. Januar 2003 werden bei

Vereinnahmung passiviert und zum Bilanzstichtag analog den Nutzungsdauern der entsprechenden Aktivposten erfolgswirksam in den Umsatzerlösen aufgelöst.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Zur Bewertung der Pensionsrückstellungen wird die „Projected Unit Credit Method (PUCM)“ mit einem Zinsfuß von 5,15 Prozent sowie erwartete Einkommens- und Rentensteigerungen von 3,00 Prozent p.a. beziehungsweise 2,00 Prozent p.a. verwendet. Den Verpflichtungen liegen die Richttafeln 2005 G von Dr. Heubeck zu Grunde. Hier ebenfalls bilanzierte Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen werden mit dem Erfüllungsbetrag erfasst. Die Verpflichtungen für Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Bei der Ermittlung der Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden ebenfalls die Richttafeln 2005 G von Dr. Heubeck zu Grunde gelegt. Bei der Bewertung der Verpflichtungen aus der Altersteilzeit wird eine erwartete Einkommenssteigerung von 3,00 Prozent p.a. berücksichtigt. Die Verpflichtungen aus der Altersteilzeit werden mit 3,90 Prozent abgezinst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden für sämtliche am Abschlussstichtag gegenüber Dritten bestehenden rechtlichen Verpflichtungen gebildet, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, die zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von 3,0 Prozent berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze für 2010 3,75 Prozent bis 5,26 Prozent.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** werden mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Bei der Bewertung von **Derivaten** wird die Bildung von Bewertungseinheiten berücksichtigt.

III. Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens wird unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel in der Anlage zum Anhang gezeigt. Die Anlagenabgänge in der Bilanzposition Anlagen im Bau in Höhe von 74.080 Tausend Euro resultieren aus der Übertragung der Investitionen in die Erweiterung der GuD-Anlagen in Linden auf die GKL Gemeinschaftskraftwerk Hannover-Linden GmbH, Hannover.

Die Zunahme der Anteile an verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf den Erwerb weiterer Anteile zum 1. Januar 2010 am Kraftwerk Mehrum zurückzuführen.

Die Erhöhung der Beteiligungen betrifft mit 1.775 Tausend Euro weitere Kommanditeinlagen bei der Clevergy GmbH & Co. KG, Leipzig. Die Abgänge betreffen im Wesentlichen die Veräußerung der Beteiligung an der GWK Staudinger GmbH & Co. KG, Großkrotzenburg, mit einem Buchwert von 3.342 Tausend Euro sowie die Veräußerung der GWK Staudinger Verwaltungs GmbH, Großkrotzenburg, mit einem Buchwert von 3 Tausend Euro.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens nahmen durch die Rückabwicklung eines Wertpapier-Pensionsgeschäftes sowie der Anschaffung von Wertpapieren zur Insolvenzsicherung von Arbeitszeitguthaben um 94.366 Tausend Euro zu. Die sonstigen Ausleihungen verminderten sich durch die Tilgung von Arbeitgeberdarlehen an Betriebsangehörige um 618 Tausend Euro.

Vorräte

Die Zunahme der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betrifft im Wesentlichen die Bestandserhöhung von Emissionszertifikaten um 7.445 Tausend Euro.

Die Abnahme der Warenvorräte von 9.864 Tausend Euro auf 7.743 Tausend Euro ist auf gesunkene Beschaffungskosten sowie gesunkene Einspeichermengen der Gasvorräte im Speicher Empelde zurückzuführen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten.

Die in Abzug gebrachten erhaltenen Anzahlungen betreffen hauptsächlich eingegangene Teilbeträge auf den noch nicht abgelesenen Energie- und Wasserverbrauch.

19.721 Tausend Euro (Vorjahr: 15.572 Tausend Euro) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Von den sonstigen Vermögensgegenständen haben 121 Tausend Euro (Vorjahr: 134 Tausend Euro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Mitzugehörigkeit der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen dem Finanzierungsverkehr	-288	6.352
Beteiligungserträge	20.500	9.000
Unternehmensverträgen	0	394
	11.330	0
	31.542	15.746

Wertpapiere

Bei den sonstigen Wertpapieren handelt es sich um Anlagen in Investmentfonds zur Insolvenzversicherung von Altersteilzeitverpflichtungen (Verpfändungsmodell) im Blockmodell; bei den Fondsanteilen handelt es sich nicht um Planvermögen. Die Fondsanteile werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die Abnahme von 4.156 Tausend Euro auf 774 Tausend Euro ist im Wesentlichen auf das Ausscheiden von Mitarbeitern/Innen wegen Renteneintritts sowie dem Abbau von Zeitguthaben zurückzuführen.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 86.000.000,00 Euro und ist eingeteilt in 17.200.000 Aktien im Nennwert von je 5,00 Euro, wovon die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mbH, Hannover, (VVG) 12.914.742 Aktien hält.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 78.535 Tausend Euro und betrifft im Wesentlichen Einzahlungen der Aktionäre sowie den gesetzlichen Reservefonds mit unverändert 11.353 Tausend Euro.

Gewinnrücklagen

Den anderen Gewinnrücklagen wurde der Jahresüberschuss in Höhe von 26.000 Tausend Euro zugeführt.

Genussscheine

Die Genussscheine wurden mit einem Gesamtnennbetrag von 5.112.918,81 Euro ausgegeben und lauten auf den Inhaber. Die Stückelung beträgt 511.291.881 Stück über je 0,01 Euro Nennbetrag. Die Laufzeit der Genussscheine ist unbefristet und eine Kündigung durch die Inhaber ist erstmals zum 31. Dezember 2015 möglich.

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Im Sonderposten für Investitionszuschüsse sind Zuschüsse zur Anschaffung von Anlagegütern enthalten, die Auflösung in Höhe von 1.297 Tausend Euro wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Erhaltene Baukostenzuschüsse

In den erhaltenen Baukostenzuschüssen wurden im Geschäftsjahr 8.687 Tausend Euro eingestellt. Die Auflösungsbeträge sind in Höhe von 9.498 Tausend Euro in den Umsatzerlösen enthalten.

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind enthalten:

	2010 TEUR	2009 TEUR
Rehabilitierung von Netzen und sonstigen Anlagen	28.829	30.607
Personalbezogene Rückstellungen	36.288	33.970
Sozialplanverpflichtungen auf Grund von Reorganisationen	2.000	14.400
Ausstehende Bezugsrechnungen	22.292	13.344
Altlastensanierungen	16.304	16.161
Absatzrisiken gegenüber Kunden	19.845	20.495
Rückbauverpflichtungen	11.653	10.069
Abrechnungsverpflichtungen	7.721	7.124
Buchführungsverpflichtungen für Geschäftsvorfälle des Vorjahres	4.968	6.175
Übrige	60.316	76.750
	210.216	229.095

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	davon mit einer Restlaufzeit	
	TEUR	bis 1 Jahr TEUR	über 5 Jahre TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	759.359	25.160	399.496
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	186.468	186.468	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	93.831	93.831	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.991	11.991	0
Sonstige Verbindlichkeiten	41.289	41.289	0
	1.092.938	358.739	399.496

Die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 134.841 Tausend Euro ist auf die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung in das Sach- und Finanzanlagevermögen und auf die kurzfristige Liquiditätssteuerung zurückzuführen.

Die Mitzugehörigkeit der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungsunternehmen zu anderen Posten stellt sich wie folgt dar:

	Verbundene Unternehmen TEUR	Beteiligungs- unternehmen TEUR
Verbindlichkeiten aus		
Lieferungen und Leistungen	18.151	729
dem Finanzierungsverkehr	-25.650	11.670
Beteiligungserträge	0	-408
Unternehmensverträgen	101.330	0
	93.831	11.991

Bewertungseinheiten

Die Stadtwerke Hannover AG setzen derivative Finanzinstrumente (Sicherungsinstrumente) zur Absicherung von zukünftigen Zahlungsströmen aus Darlehen und Wareneinkäufen (Grundgeschäfte) ein. Dafür werden als Sicherungsinstrumente u. a. Zinsswaps und Devisentermingeschäfte abgeschlossen. Zur Absicherung von Wareneinkäufen werden Mikrobewertungseinheiten gebildet. Im Rahmen der Absicherung von Darlehen werden Portfoliobewertungseinheiten gebildet. In diese werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Transaktionen in Form von Darlehensprolongationen in Höhe von 180.000 Tausend Euro einbezogen. Die bilanzielle Abbildung der Mikro- als auch der Portfoliobewertungseinheiten erfolgt anhand der Einfrierungsmethode.

Im Berichtsjahr wurden Darlehen in Höhe von 300.000 Tausend Euro durch Payer Swaps abgesichert und in Bewertungseinheiten einbezogen. Die aus den variablen Zinszahlungen der Darlehen resultierenden Zinsrisiken werden durch die zu erhaltenden variablen Zinszahlungen aus den Payer Swaps eliminiert. Der beizulegende Zeitwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Payer Swaps beträgt - 3.589 Tausend Euro, die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung beträgt 6.682 Tausend Euro. Die variabel verzinslichen Darlehen werden für Zeiträume von bis zu 29 Jahren abgesichert. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen. Die Ermittlung der retrospektiven Effektivität erfolgte anhand der Hypothetische-Derivate-Methode.

Darüber hinaus wurden Kohlebeschaffungsgeschäfte von 122.663 Tausend Euro durch Devisentermingeschäfte abgesichert. Die Devisentermingeschäfte gleichen die aus den Warentermingeschäften resultierenden Währungsrisiken aus. Der beizulegende Zeitwert der Devisentermingeschäfte beträgt 3.830 Tausend Euro. Die durch die Bildung der Bewertungseinheiten vermiedene Drohverlustrückstellung für US-Dollar Währungsrisiken beträgt 1.224 Tausend Euro. Die Devisentermingeschäfte haben Laufzeiten von bis zu drei Jahren. Sowohl die Ermittlung der prospektiven als auch retrospektiven Effektivität erfolgt anhand der Critical Term Match Methode.

